

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 7. März 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Regierung und der Volkswille in Italien.

Von Professor Enrico Ferri.
Rom, Ende Februar.

III.

Das Verhalten der Regierung, welches ich bis hierher geschildert habe, ist an sich der Beweis, daß der Volkswille in Italien nach Emanzipation strebt.

Da ich hier nicht alle die tausend kleinen täglichen Vorkommnisse aufzählen kann, welche Symptome der erwachenden Volkseele sind, beschränke ich mich darauf, Ihnen die charakteristischsten Vorgänge anzugeben, die überall in der politischen Welt den größten Eindruck gemacht haben.

Ungeachtet der ökonomischen Krise, die durch das unerbittliche Gesetz der sozialen Capillarität (Auffaugung) aus den viel zahlreicheren Schichten der Bauern und Arbeitern zu den weniger zahlreichen, aber bewußteren Schichten des Kleinbürgerthums, der Kaufleute, der kleinen Bauern, der Professoren etc. aufsteigt, konnte die sozialistische Partei nach ihrem Nationalen Kongress in Florenz (im Juli 1896) hunderttausend Franks zur Gründung eines sozialistischen Blattes sammeln.

Am 25. Dezember ist die erste Nummer erschienen. *Avanti!* — was sich so ziemlich mit dem deutschen Wort „Vorwärts“ deckt — heißt das neue Blatt, das von einem der wissenschaftlichsten und fähigsten Sozialisten unseres Landes, dem Advokaten Leonida Bissolati, geleitet wird mit Hilfe mehrerer junger Männer, die in dem Blatt die ganze Kraft ihrer Begeisterung für die neue Idee zum Ausdruck bringen. Von Zeit zu Zeit werden Artikel veröffentlicht, die von den hervorragendsten Gelehrten Italiens unterzeichnet sind, wie z. B. Lombroso und Guglielmo Ferrero, oder von berühmten Schriftstellern, wie De Amicis und Corraio, oder von kämpfenden Sozialisten, wie Barbato, Turati, Treves, Labriola etc. Und auch ich helfe natürlich mit. Außerdem schreiben für das Blatt junge Schriftsteller, Nationalökonom, Juristen, Polemiker, die in ihrer Gesamtheit unserer Zeitung einen bedeutenden geistigen Schwung geben, trotz der Schwierigkeiten, mit denen der Journalismus in einer Stadt wie Rom zu kämpfen hat.

Die Auflage des *Avanti!* beläuft sich auf 46 000, und während meiner Propaganda-Tour, — die auch zum Zweck hatte, Geld für unser Journal zu sammeln — habe ich beobachtet, daß man die Zeitung jeden Tag mit dem größten Interesse erwartet, selbst in den kleinen Städten und in den abgelegensten Dörfern.

Dies ist gewiß eines der bereichsten Zeichen von dem Erwachen des Volksbewußtseins und Volkswillens und kann gegenwärtig nur dazu beitragen, die Regierung in ihrer reaktionären und defensiven Haltung zu bestärken.

Die einzige Tatsache schon, daß unsere Leser die Bewegung des internationalen Sozialismus kennen lernen, indem sie die Partei- und sozialen Nachrichten aus allen Kulturländern lesen, Nachrichten, welche die Bourgeoispreffe beinahe immer unterdrückt oder nur ganz ungenau und entstellt wiedergibt — das allein ist für die Volkserziehung von einem großen Werth.

Ein Beweis dafür sind vielleicht die Streiks, welche in den letzten Wochen unter den Arbeitern mehrerer Städte ausgebrochen sind, und auf welche die bewundernswürdige Haltung der Hamburger Streikenden von Einfluß war. Ueber diesen Streik selbst gab der *Avanti!* täglich Nachricht und eine Subskription für die Hamburger hat sehr gute Resultate geliefert.

Einige Kilometer von Rom entfernt, in Civita Vecchia, haben wir seit einigen Wochen einen Hafenarbeiter-Streik, der ausgezeichnet verläuft, trotzdem die Polizei es mit allen Mitteln zu verhindern sucht, daß wir Sozialisten hingehen und für Disziplin sorgen. Dem sozialistischen Abgeordneten Genossen Andrea Costa war es kaum möglich, zu den Aufständigen zu kommen, denen er zu einer Verständigung rieth. Der Versuch scheiterte an der Begeisterung und Entschlossenheit der Streikenden, die sich vor dem Troß der „Serren“ nicht beugen wollten.

Es sind aber nicht bloß die Arbeiter, welche in Bewegung sind. Wir haben seit einiger Zeit eine lebhaftere Bewegung unter den Studenten fast aller 22 Universitäten Italiens.

Wenn in früheren Jahren hier und da die studentischen Bewegungen weniger ernster Natur waren, so handelt es sich dieses Mal um die Frage der Freiheit der Presse und des Unterrichts.

Unser gegenwärtiger Unterrichtsminister Professor Gianturco, von der Universität von Neapel, ist trotz seiner sehr liberalen wissenschaftlichen Ansätze auf dem Gebiete des juristischen Sozialismus, der jetzt unter den jungen Juristen stark Mode ist, das verwöhnte Kind der reaktionären Partei geworden.

Vergangenes Jahr leitete er einen Prozeß gegen Professor Pantaleoni ein, weil dieser sich in einem von der Presse veröffentlichten Brief über unsere Zeitungen in bezug auf deren Stellung zur Kolonialpolitik sehr scharf und unverblümt gegen die Einmischung des Königs ausgesprochen hatte. Pantaleoni ist kein Sozialist, er ist sogar nicht einmal radikal; in Italien aber sind viele Konservative, besonders in den nördlichen Provinzen, Gegner der Kolonialpolitik und verhehlen ihre Unzufriedenheit mit der Politik des Königs nicht, so daß, wenn es auf diesem Wege weiter geht,

die italienische Republik vielleicht von den Konservativen gemacht wird, die in ihren Zeitungen offen erklären, daß die Monarchie nur dann zu erhalten sei, wenn sie die Interessen des Landes, d. h. der herrschenden Klassen, pflichtmäßig fördere.

In Italien haben die Professoren der Universität bis jetzt eine Freiheit gehabt, wie sie eines zivilisirten Landes würdig ist; sie sind vielleicht die Einzigen im Land, die von der Regierung ganz unabhängig sind. Mir selbst hatte man wegen meiner Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei den staatlichen Lehrstuhl für Strafrecht an der Universität Pisa genommen, jedoch wider das Gesetz; und ich hätte ihn vor zwei Jahren wieder haben können, zog es aber vor, Privat-Dozent zu bleiben.

Der gegen den Professor Pantaleoni eingeleitete Prozeß — den man aber nicht wagte weiter zu führen, — war der erste Akt der ministeriellen Reaktion gegen die Universitätsfreiheit, und hat seitdem verschiedene andere nach sich gezogen.

Das akademische Jahr der Universität Rom wurde vorigen November durch Professor Labriola, unseren Genossen, eröffnet, der in Gegenwart des Ministers Gianturco von der Freiheit der Wissenschaft und des Unterrichts sprach und auf den Fall des Professors Pantaleoni hinwies, um das Vorgehen der Regierung in durchaus korrekten Ausdrücken zu kennzeichnen.

Die Studenten klatschten dem Professor Beifall und zischten den Minister aus, der sich hierfür rächte, indem er dem Professor Labriola eine Disziplinarverwarnung gab.

Dies hat natürlich dem Minister Gianturco die Sympathien der Reaktionäre eingetragen, dagegen auf der anderen Seite den Haß der Studenten, besonders der sozialistischen, die auf unseren Universitäten sehr zahlreich sind.

Vor ungefähr 4 Wochen besuchte Minister Gianturco die Universität Bologna; die Studenten der beiden Parteien beschlossen, ihn ohne jede Manifestation, weder für, noch gegen, zu empfangen. Allein bei der Ankunft des Ministers, der von den Spitzen der städtischen Behörden feierlich empfangen wurde, brach die Rechtgläubigkeit gewisser monarchisch gesinnter Studenten in Beifallklatschen aus, was selbstverständlich das Pfeifen der sozialistischen und republikanischen Studenten hervorrief.

Als der Minister in der Universität angekommen war, verlangte er, als einzige Antwort, Gendarmen und Soldaten, welche die Demonstration der Studenten gewaltsam unterdrücken sollten.

Das Unerhörte dieser Thatsache hat auf fast allen Universitäten Italiens Kundgebungen der Solidarität mit den Studenten von Bologna veranlaßt; besonders hier in Rom hat die Bewegung der Studenten zum Schutz der Freiheit der Wissenschaft zu den unsinnigsten Gewaltthaten von Seiten des Unterrichtsministers selbst geführt. Auf seinen Befehl drangen die Gendarmen in die Universitätsäle ein und erschrien sich, die Professoren zum Halten der Vorlesungen nöthigen zu wollen; und nachher machten sie in allen Straßen Jagd auf die Studenten, die bis in Kaffeehäuser, wo sie Schutz suchten, verfolgt wurden.

Das brutale und abgeschmackte Verhalten unserer Polizei hat die Empörung selbst der politisch rechtgläubigsten Bürger hervorgerufen und die unsinnig hohen Disziplinarstrafen, welche von den Behörden einigen Studenten zuerkannt wurden, weil diese die „Rädelsführer“ nicht nannten, hat das Maß der Entrüstung voll gemacht. Die Universität Rom ist jetzt geschlossen, ebenso die Universitäten Neapel, Palermo, Macerata, Messina u. a.

Ähnliche mehr oder weniger geräuschvolle Studenten-Bewegungen hat man früher schon öfters gehabt; die jetzige Bewegung aber hat eine viel ernstere Bedeutung, weil der sozialistische Geist in ihr ist und die Ideen der Denk- und Lehrfreiheit.

Und das ist der Grund, warum man sich mit dieser Bewegung — was ganz ohne Vorgang ist — sogar im Schooße des Ministeriums beschäftigt hat. Man fühlt, daß hier nur das Symptom eines kollektiven Seelenzustandes vorliegt — ein Rückschlag des menschlichen Bewußtseins, das sich jeder Unterdrückung gegenüber fester und fester bekundet.

Ein weiteres Zeichen des erwachenden Volksbewußtseins haben wir im Januar gehabt, nämlich zwei politische Wahlen, nöthig geworden durch den Tod zweier Abgeordneten, von denen einer Minister unter Crispi war. In diesen beiden Wahlkreisen, in denen bisher fast mit Einstimmigkeit Konservative gewählt worden waren, wurden dieses Mal zahlreiche Stimmen zu gunsten der sozialistischen Kandidaten abgegeben.

In einem der beiden Wahlkreise ist sogar der Sozialist, ein Schriftsteller, in die Stichwahl gekommen und hatte in derselben, bei 3000 Abstimmenden, nur 800 Stimmen weniger als der Gegner.

Wenn man vom Morgen aus den Abend schließen kann, so giebt es sehr berechtete Zeichen, aus denen sich schließen läßt, daß der Volkswille dem Handeln der Regierung gegenüber nicht mehr theilnahmslos ist und sich gegen eine Politik aufzulehnen beginnt, die unser Land in eine ökonomische Krise gestürzt hat, durch welche das allgemeine moralische und soziale Unbehagen am Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch verdoppelt wird.

Und welches werden die Wirkungen dieses Erwachens des Volkswillens bei den bevorstehenden Wahlen sein?

Die nächste Vertretung des Landes, durch das reaktionäre Wahlgesetz und durch Manöver aller Art verstümmelt

und gefälscht im Sinne der Regierung, wird so ziemlich dieselbe sein, die sie bisher gewesen ist.

Es wäre kindisch zu hoffen, daß die neue Kammer fest verschieden von der früheren sein wird.

Die weitaus meisten der Abgeordneten, die wieder Kandidaturen angenommen haben, mußten sich für regierungsfreundlich erklären, um von der Regierung, deren Vorzimmer sie jetzt füllen, unterstützt zu werden, und geben dadurch ein bemitleidenswertes Schauspiel von politischem und moralischem Servilismus.

So wird es kommen, daß die Strömungen theilweiser Opposition sich nur in dem Konglomerat der Bourgeoisparteien der äußersten Linken und in der äußersten Rechten zeigen werden, und auch erst nach den Wahlen.

Ich glaube, daß einige Abgeordnete, die offen bei der Partei Crispi geblieben sind, fallen werden, es sind dies aber nur unbedeutende Persönlichkeiten. Einige Ueberraschungen werden indeß vermuthlich nicht ausbleiben.

Was die volksthümlichen Parteien betrifft, so glaube ich, daß die ministerielle äußerste Linke, die Cavallotti folgt, sich nicht vermehren wird, wenn sie nicht gar ihre Mitglieder zusammenschmelzen sieht, deren Zahl überhaupt nicht viel mehr als ein Duzend beträgt.

Die regierungsfeindlichen Radikalen — einige zwanzig — werden wieder auf ihre alte Zahl kommen; sie verdanken ihre Wahl überall ihren persönlichen Eigenschaften und dem Charakter ihrer Wahlkreise.

Als Rückschlag einer Bewegung des öffentlichen Volksgewissens werden wir wahrscheinlich einige republikanische Abgeordnete haben, höchstens 3—4, die schon in der Kammer waren.

Von dem Duzend sozialistischer Abgeordneten, glaube ich, werden einige nicht wiedergewählt, die sozialistische Fraktion wird aber wohl auf 16—18 steigen, vorausgesetzt, daß die Maßregelungen der Polizei und der Regierung nicht alles Maß übersteigen, wie uns übrigens schon angekündigt wird.

Rubini hat in öffentlicher Senatssitzung erklärt, daß das Programm dieser Wahlen sein wird: „Die Befreiung der Regierung von den extremen Parteien“, d. h. also in erster Linie von dem Sozialismus, der nun einmal — das muß immer und immer wieder betont werden — der Alp aller Regierungen der Gegenwart, der monarchischen und republikanischen, geworden ist und all ihr Handeln bestimmt.

Sicher ist, daß unsere Partei einen großen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben wird; und das ist mehr als der Erfolg von Kandidaten, welcher häufig von Zufälligkeiten abhängt. Und alle diejenigen, welche an der Bildung des Volksgewissens und Volksbewußtseins, mit einem Wort an der Erziehung des Volkes arbeiten, so daß es in die Lage kommt, der Regierung, als dem „weltlichen Arm“ der herrschenden Klassen seine Macht fühlbar zu machen — alle diese werden in der durch nichts aufzuhaltenden Ausbreitung des Sozialismus das bedeutendste und hoffnungsvollste Symptom unseres politischen Lebens erblicken.

Von der Invalidenversicherungs-Novelle.

Aus dem umfangreichen Entwurf eines Invalidenversicherungs-Gesetzes theilen wir zunächst die Vorschläge über die Voraussetzungen zur Erlangung der Invaliden- und Altersrente und für die Rückerstattung von Beiträgen mit.

Voraussetzungen für den Bezug der Invalidenrente.

Nach dem bestehenden Gesetz und nach der Novelle müssen zwei Bedingungen erfüllt sein, um einen Anspruch auf Invalidenrente geltend machen zu können. Es muß nämlich der Versicherte eine Wartzeit hindurch gelitten haben und ferner muß er dauernd erwerbsunfähig geworden sein. Es ist aber die Wartzeit, die nach dem geltenden Gesetz 25 Wochen umfaßt, in der Novelle auf 200 Wochen herabgesetzt.

Ferner ist der Begriff der Erwerbsunfähigkeit nach der Novelle ein anderer, als nach dem bestehenden Gesetz. Dauernde Erwerbsunfähigkeit liegt weder nach dem Gesetz noch nach der Novelle schon dann vor, wenn der Versicherte nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch erwerbsunfähig ist. Wenn Hilfsbedürftigkeit vorliegt, ist außerordentlich schwer zu definieren. Darüber sind indeß jetzt ziemlich alle halbwegs verständigen Leute einig geworden, daß die Definition des bestehenden Gesetzes eine völlig ungeraunte ist und zu vielen Härten, Unbilligkeiten und Verbitterungen führen muß. Die Begriffsbestimmung der Erwerbsunfähigkeit lautete in den ersten Grundzügen des Gesetzes folgendermaßen:

„Dauernd erwerbsunfähig ist derjenige, welcher infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes weder im Stande ist, die gewöhnlichen Arbeiten, welche seine bisherige Berufstätigkeit mit sich bringt, regelmäßig zu verrichten, noch durch andere seinen Kräften, Fähigkeiten und der vorhandenen Arbeitsgelegenheit entsprechende Arbeiten den Mindestbetrag der Invalidenrente zu erwerben.“

Diese Definition berücksichtigte also die frühere Berufstätigkeit, war aber völlig unzulänglich hinsichtlich der Bestimmung des Grades der verbliebenen Erwerbsfähigkeit. Ähnlich lautete § 7 des Reichsgesetzes im Jahre 1889 vorgelegten Entwurfs: „Als erwerbsunfähig gilt derjenige, welcher infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht im Stande ist, durch die gewöhnlichen Arbeiten, welche seine bisherige Berufstätigkeit mit sich bringt, oder durch andere seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten den Mindestbetrag der Invalidenrente zu erwerben.“ Die Sucht, möglichst selten die Erlangung einer Invalidenrente eintreten zu lassen und die Rücksicht auf die jämmerlich niedrigen Löhne der Landarbeiter zeitigte

den Entschluß des Reichstages, auf die mit der Erwerbsfähigkeit in keinem Zusammenhange stehenden „ortsüblichen Tagelöhne“ Rücksicht zu nehmen und die Art des bisherigen Berufes außer Auge zu lassen.

Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invaliditätsgesetzes liegt nach dem jetzigen Gesetze daher erst dann vor, wenn der Versicherte infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht mehr im Stande ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit mindestens einen Betrag zu verdienen, welcher gleichkommt der Summe eines Sechstels des Durchschnittslohnes, nach welchem für ihn während der letzten 5 Beitragsjahre gerechnet Beiträge entrichtet worden sind, (der „durchschnittliche Lohn“) soll künftig fortfallen, er beträgt, zur Zeit für Lohnklasse I 300, für Lohnklasse II 300, für Lohnklasse III 220, für Lohnklasse IV 90 (Mark) und eines Sechstels des 300fachen Betrages des nach § 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes ortsüblichen Tagelohnes für gewöhnliche Arbeiter des letzten Beschäftigungsortes, in welchem er nicht lediglich vorübergehend beschäftigt gewesen ist.

Der ortsübliche Tagelohn im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes ist bekanntlich ein außerordentlich verschiedener, mehr oder weniger willkürlicher. Den höchsten ortsüblichen Tagelohn für männliche Arbeiter vermag Glogau mit 3,25 Mark aufzuweisen. Für weibliche Arbeiter beträgt er ebenda nur 1,75 M. Altona, Bielefeld, Gesehsmünde, Bremerhafen, Hamburg weisen einen ortsüblichen Tagelohn für männliche Arbeiter von 3 M., für weibliche von 2 M., Bremen einen solchen von 3, bzw. für weibliche Arbeiter von 1,75 Pf. auf. In Berlin beträgt der ortsübliche Tagelohn 2,70 M. für männliche, 1,50 M. für weibliche Arbeiter. In Ostpreußen und Niederbayern ist der ortsübliche Tagelohn — wiewohl der Werth der Naturalbezüge nicht nach deren Handelswerth, sondern nach dem weit höheren Werth angerechnet ist, den die Naturalien für den Arbeiter selbst haben sollen — außerordentlich niedrig. So beträgt der ortsübliche Tagelohn für männliche, beziehentlich weibliche Arbeiter: für den Kreis Allenstein 1,20 M. bez. 60 Pf., Kreis Pr.-Gylau 1,20 M. bez. 90 Pf., für die Städte Kreuzburg, Pr.-Gylau, Posenheim, Sensburg, Schleppe, Rosenberg, für die Kreise Bries, Ramslau, Freystadt und Jauer 1 M. für männliche, 60 Pf. für weibliche Arbeiter. Frankenstein weist nur 90 Pf. bzw. für weibliche Arbeiter 65 Pf. auf, der Kreis Gubrau für männliche Arbeiter 1 M., für weibliche 60 Pf. Kreis Rimpfisch und Kreis Cosel (mit Ausnahme der Stadt Cosel) glänzt mit einem ortsüblichen Tagelohn von 90 Pf. für männliche, 60 Pf. für weibliche Arbeiter. Der Kreis Wittich kennt gar einen ortsüblichen Tagelohn von 85 Pf. für männliche und 50 Pf. für weibliche Arbeiter. Nicht ganz so schlimm steht es mit den ortsüblichen Tagelöhnen für Niederbayern. Für Passau z. B. beträgt er 1,50 M., beziehungsweise 1,20 M., für Viechtach, Wegscheid, Wolfstein 1,20 M., beziehungsweise 90 Pf. Gerade diese Verschiedenartigkeit der ortsüblichen Tagelöhne wurde zu Gunsten der wunderlichen Begriffsbestimmung der Erwerbsunfähigkeit selbstamerweise seinerzeit ins Feld geführt. Mit recht verläßt der Entwurf endlich den zur Ermittlung der Erwerbsunfähigkeit völlig ungangbaren Weg des bestehenden Gesetzes. Hat sich doch mehr und mehr die Ueberzeugung in den Kreisen der Versicherten Bahn gebrochen, daß gerade die Begriffsbestimmung des Gesetzes dahin führe, tatsächlich Erwerbsunfähige zu rechtlich Erwerbsfähigen zu stampeln. Die Rechtsprechung, insbesondere die der am tiefsten in der Achtung des rechtlich denkenden Publikums stehenden Schiedsgerichte in Schlesien und Ost- und Westpreußen, hat diese Ueberzeugung immer mehr vertieft.

Der Entwurf will als erwerbsunfähig denjenigen erachtet wissen, dessen „Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist“. Dies ist dann anzunehmen, sagt der Entwurf, wenn der Versicherte nicht mehr im Stande ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Vorbildung und seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art durch Arbeit zu verdienen pflegen. Diese Begriffsbestimmung hat einen Vorzug vor der jetzigen, falls allein verhandige Richter über die Erwerbsunfähigkeit zu urtheilen hätten. Die Motive gehen von dieser Voraussetzung aus. Selbst wenn diese Voraussetzung zutreffen würde, erscheint aber auch die Begriffsbestimmung des Entwurfes noch verfehlt. Sie trägt weder dem Sprachgebrauch noch der im gewöhnlichen Leben, ja nicht einmal der in der Armenpflege herrschenden Praxis hinreichend Rechnung. Die sozialdemokratischen Vertreter haben im Parlament und sonst mit Recht betont, daß auf den früheren Beruf und auf die infolge der verminderten Erwerbsfähigkeit geringere Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkte Rücksicht genommen werden müsse. Das thut die Begriffsbestimmung des Entwurfes nicht in hinreichender Weise. Sie verfährt gegen das Sprach-, Billigkeits- und Rechtsgefühl insbesondere da, wo es sich um von Krantjunkern oder Kartoffelbaronen schlecht bezahlte Arbeiter handelt. Erwerbsunfähigkeit liegt nicht erst dann vor, wenn jemand nur 1/3 dessen verdienen kann, was er voraussichtlich als Gesunder verdienen würde, wenn er Arbeitsgelegenheit hätte. Selbst der von den konservativen Urpölyen vorgelegte Invaliditätsgesentwurf hat endlich sich der von den Sozialdemokraten bereits im Jahre 1889 verfochtenen Ansicht etwas genähert, daß Erwerbsunfähigkeit unbedingt dann vorliegt, wenn jemand nicht mehr im Stande ist, die Hälfte dessen zu verdienen, was er während der letzten 3 Jahre verdient hatte: auch der konservative Antrag will bei 50 Pct. vermindelter Erwerbsfähigkeit Erwerbsunfähigkeit angenommen wissen. Zweifelloß würde aber bei den mit so niedrigen Löhnen, wie 50 Pf. bis 1 M. gelohnten Arbeitern auch diese Begriffsbestimmung nicht genügen. Es ist unbillig, ungerecht, menschenunwürdig, und selbst mit der heutigen Praxis verunflügelter Armenpflege — selbstverständlich gehört hierhin nicht die ostelbische — nicht in Einklang zu bringen, jemanden, der jährlich noch nicht 80—100 M. zu verdienen im Stande ist, nicht für erwerbsunfähig zu erachten. Es dürfte erforderlich sein, neben der Begriffsbestimmung: „erwerbsunfähig ist, wer infolge von Alter, Krankheit, Schwäche u. dergl. nicht mehr die Hälfte des in den drei letzten Jahren von ihm verdienten Arbeitslohnes zu erwerben im Stande ist“, noch festzusetzen, daß als erwerbsunfähig auch der zu erachten ist, der einen Lohn von 300 M. jährlich zu erwerben außer Stande ist. Eine derartige Bestimmung ist insbesondere den jammervoll niedrigen Löhnen gegenüber erforderlich, für die Großgrundbesitzer sich Arbeitskräfte durch wucherliche Ausbeutung der Nothlage der Landarbeiter kaufen.

Nach dem bestehenden Gesetze erhält Invalidenrente auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welcher während eines Jahres, zum Beispiel infolge von Krankheit, ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit. Es ist häufig mit Recht, und zwar nicht nur von sozialdemokratischer Seite, betont, daß der Zeitraum von einem Jahre ein bei weitem zu langer ist. Es ist durchaus erforderlich, daß die Wartezeit für den Anspruch auf Rente so gekürzt wird, daß der Anspruch auf Rente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit mit dem Ablauf der gesetzlichen Unterstützungsdauer seitens der Krankenkassen, also mit Ablauf der 13. Woche, beginnt. Leider will der Entwurf die Wartezeit von 52 Wochen nur auf 26 Wochen herabsetzen. Er will nach den Motiven nicht auf 13 Wochen heruntergehen, weil im Grundsatz die Fürsorge für die ersten 26 Wochen der Erwerbsunfähigkeit zu den Aufgaben der Krankenkasse gehören und man einer statistischen Erweiterung der gesetzlichen Unterstützungsdauer seitens der Krankenkassen dadurch entgegenwirken würde, daß man für den in betracht kommenden Zeitraum die gesetzliche Unterstützungspflicht eines anderen Versicherungsträgers vorschreibt. Diese Gründe sind nichts weniger als zureichend, so lange die gesetzliche Minimal-Fürsorgepflicht der Krankenkassen nur die ersten 13 Wochen umfaßt. Sie sind umso weniger zureichend, als eine statistische Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht über 13 Wochen hinaus heute verhältnismäßig selten ist, aber gerade durch die Vorchrift, daß eine Invalidenrente von der 13. Woche ab zu zahlen ist, außerordentlich gefördert werden würde.

Bei Berechnung der Wartezeit wird nach

dem bestehenden Gesetze die Militärzeit und die Zeit bescheinigter mindestens 1 Woche dauernder mit Erwerbsunfähigkeit verknüpfter Krankheit als Beitragszeit gerechnet, wiewohl Beiträge in dieser Zeit nicht gezahlt sind. Die Novelle will auch zeitweise Erwerbsunfähigkeit nach sich ziehende Krankheit in gleicher Weise behandeln. Ferner soll die an eine Krankheit sich anschließende Genesungszeit und Wochenbett bis 6 Wochen der Krankheitszeit gleich geachtet werden.

Sind dies zweifelloß kleine Verbesserungen des bestehenden Zustandes, so bringt § 11 die mit der Unfallnovelle übereinstimmende Verbesserung, daß der Anspruch ganz oder theilweise abgelehnt werden kann, wenn der Versicherte sich die Erwerbsunfähigkeit bei Begehung eines Verbrechen oder eines vorfälligen Vergehens zugezogen hat, und zwar selbst dann, wenn eine Bestrafung nicht stattgefunden hat. Diese Bereicherung der Straftaten, Strafbarkeit und Strafgerichte ist für das sozialpolitische Empfinden der herrschenden Klasse bezeichnend.

Voraussetzungen für die Erlangung der Altersrente.

Die heutigen Voraussetzungen sind: Zurücklegung 1. des 70. Lebensjahres, 2. einer Wartezeit von 1410 Beitragswochen. Die Novelle schlägt eine Herabsetzung der Wartezeit auf 1200 Wochen vor. Auch bei Festsetzung der Vorbedingungen für die Erlangung der Altersrente während der Uebergangszeit ist die Novelle bemüht, einige Härten, die in der Praxis sich herausgestellt haben, zu beseitigen, so insbesondere den Nachweis für die vorgeschicte Zeit zu erleichtern. Die Härterstattung von Beiträgen an weibliche Personen, welche die Ehe eingehen, ist etwas erleichtert, es sollen fortan 200 Beitragswochen (bistlang 235) genügen. Auch ist unter billiger Berücksichtigung des Pflitterwochen-Zustandes die Frist zur Geltendmachung des Härterstattungs-Anspruches von drei auf sechs Monate in der Novelle erhöht.

Politische Uebersicht.

Berlin, 6. März 1897.

Zum Prozeß Muer und Genossen. Montag und Dienstag findet vor der landgerichtlichen Strafkammer neuerliche Verhandlung gegen Muer und Genossen wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes statt. Es handelt sich um jenen Prozeß, welcher eine Folge des Köller'schen Coup gegen die Berliner Partei-Organisation war. Die erste Verhandlung fand im Mai v. J. statt und endete mit der Verurtheilung von 15 Angeklagten zu Geldstrafen und mit Verurtheilung der Auflösung des Parteivorstandes sowie verschiedener Wahlvereine. Die Verurtheilung erfolgte, weil der Gerichtshof als erwiesen annahm:

1. daß der Parteivorstand einen politischen Verein bilde;
2. weil die Wahlvereine-Vorstände überschüssige Gelder aus Vereinsbeiträgen an die Vertrauensmänner abgeführt hätten, daß die Vertrauensmänner, die ihrerseits die aus allen möglichen Quellen ihnen zugeflossenen Parteigelder theilweise an den Parteivorstand abzuliefern pflegten, nur die Mittelsmänner, die Deputirten für die Adresse des Parteivorstandes gebildet hätten, womit der Nachweis für die Verbindung des Parteivorstandes mit den Wahlvereinen gegeben sei.

Auf erhobene Revision hin hat das Reichsgericht das Urtheil erster Instanz kassirt und die Sache zur neuerlichen Verhandlung zurückverwiesen, wobei bemerkt sein mag, daß das Reichsgericht die rechtlichen Gründe der Vorinstanz akzeptirte und nur wegen des Zweifels der Feststellung der Voraussetzungen des § 8 des Vereinsgesetzes, nämlich ob die Parteileitung politische Gegenstände in Versammlungen erörtert hat, obige Entscheidung fällt.

Mögen auch andere politische Parteien und Vereine sich in den Maschen des Vereinsgesetzes gefangen, dasselbe absichtlich oder unabsichtlich übertreten haben — für sie hat das keine weiteren Folgen.

Zwar meinte der Herr Staatsanwalt Schweigger, daß es sich um keinen politischen Prozeß handle und daß die Staatsanwaltschaft streng objektiv beflissen sei, dem Gesetze Nachachtung zu verschaffen; sie werde gegen andere Parteien ebenso einschreiten, wenn sie in die Lage komme, sich amtlich mit der Frage zu beschäftigen. Daß die Staatsanwaltschaft bis heute noch nicht in diese Lage gekommen ist, liegt natürlich nur an dem mangelhaften Beweismaterial. Wir sind heute in der Lage, dasselbe noch weiter zu ergänzen.

Es handelt sich im vorliegenden Falle um die deutsche Kolonialgesellschaft. Selbstverständlich gehören ihr nur wahre Patrioten, echte Kämpfer im Kampfe gegen den Umsturz an, — Leute die gewiß nicht säumen werden, nach der letzten Rede ihres kaiserlichen Herrn ihre Hand in die seine zu legen und den Mülli-Schwur zu leisten: Kampf gegen den Umsturz mit allen Mitteln.

Diese Kolonialgesellschaft verfolgt zweifelloß politische Zwecke. So hat der Vorstand am 5. Dezember v. J. einen modifizirten Antrag der Abtheilung Koblenz über die Förderung der Schulen in den deutschen Kolonien angenommen und in dieser Angelegenheit eine Petition an den Reichskanzler gerichtet mit der Bitte:

„sich die Förderung der Schulen in unseren Kolonien noch mehr als bisher angelegen sein zu lassen, und zwar in der Weise, daß allen in den Kolonien bereits bestehenden wie noch zu errichtenden Schulen unbeschadet ihrer besonderen Eigenart und Selbstständigkeit auf Grund eines im Einvernehmen mit den deutschen Missionen aufzustellenden Lehrplanes auf ihren Antrag ein Regierungszuschuß gegeben werde.“

Ferner hielt am 26. Januar der „Auschuß“ eine Sitzung ab mit der Tagesordnung:

„Die dem Reichstage zugegangene Denkschrift über das südwestafrikanische Schutzgebiet.“

Es ist also zweifelloß, daß die Kolonialgesellschaft ein politischer Verein ist, dieser Verein steht aber mit anderen Vereinen in Verbindung.

Letztere Thatsache wird treffend illustriert durch folgendes Schriftstück, das uns heute zufällig in die Hand fiel.

Es lautet:

Vorläufiger Bericht.

Bericht über die Sitzung des Ausschusses vom 9. Februar 1897, abgehalten in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Potsdamerstr. 22a.

Herrzog Joh. Albrecht zu Mecklenburg eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Anwesend sind vom Präsidium die Herren: Geheimer Rath Simon, Staatsminister v. Hofmann, v. Arnim-Mußlau.

Vom Ausschuss: Ehr. v. Bornhaupt, Oberpostkath Kräfte, Konful Schwabe, Fabrikbesitzer Supf, Konful Woffen.

Vom Bureau: Redakteur Weinede.

Tagesordnung:

1. Zuwahl zum Ausschuss.
 2. Feststellung einer Eingabe an den Reichskanzler betr. die beiden konfessionellen Englischen Gesellschaften im südwestafrikanischen Schutzgebiet.
 3. Geschäftliches.
 - a)
 - b)
 - c)
- a) Schreiben der Abtheilung Bernburg.

Nach Erledigung der übrigen Punkte heißt es dann weiter:

In Punkt 3d.

Es wurde ein Schreiben der Abtheilung Bernburg verlesen, in welchem sie den Ausschuss ersucht, in der Abtheilung Bernburg einen die wirtschaftlichen Erfolge in den verschiedenen Kolonien behandelnden Vortrag auf Kosten der Zentrale zu veranstalten. Es wurde im Hinblick auf die in dem Schreiben dargelegten Verhältnisse beschlossen, diesem Wunsch zu entsprechen und an die Abtheilung Bernburg das Ersuchen zu richten, dem Ausschuss über den Termin des zu haltenden Vortrages Mittheilung zu machen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

von Bornhaupt,
Generalsekretär.

Die Bezeichnung der Korrespondenz als „geheim“ beweist, daß man sich der Uebertretung des Vereinsgesetzes sehr wohl bewußt war.

Als der Herr Staatsanwalt Schweigger im Prozeß Hinge und Genossen über den Genossen Fischer sich äußerte, daß derselbe, der selbst Mitglied des gesetzgebenden Körpers sei, in schöner Weise das Gesetz gebrochen und noch andere Leute dazu verleitet habe, da ahnte wohl der Herr Staatsanwalt kaum, in welcher führender Gesellschaft der angeblische Gesetzesverächter Fischer sich befand und noch befindet.

Wir werden nun erleben, daß die Kolonialgesellschaft wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz aufgelöst und die Leiter unter Anklage gestellt werden. Oder auch nicht. In der Aera Schönstedt und seiner Devise „wenn zwei dasselbe thun ist es doch nicht dasselbe“ wird der Kolonialgesellschaft sicherlich nichts Menschliches passieren. Treffend kennzeichnete Genosse Muer das Verfahren, als er in seiner Vertheidigungsrede bemerkte, daß der § 8 des Vereinsgesetzes von jeher nichts anderes gewesen sei als ein Mittel, Oppositionsparteien damit zu drangsaliren.

Eine Zentenarvorlage. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen, dem der Bundesrath einstimmig zugestimmt hat, „betreffend die Vorarbeiten für die Errichtung einer Gedenkstätte zu Ehren der im Feldzuge 1870/71 gefallenen oder schwer verwundeten deutschen Krieger.“

Es handelt sich hierbei wohl um ein Seitenstück zu dem auch vom Reichstage bewilligten Denkmal für Kaiser Wilhelm I. Vielleicht hofft man bei dieser Gelegenheit die Regulirung des Schloßplatzes, die dem Berliner Magistrat schon viel Kopfzerbrechen gemacht hat, zu erreichen. Wird dazu aber im Reichstage das Geld zu haben sein? —

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute endlich den Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung. Aus der Debatte, die sich in lauter Einzelheiten verlor, ist nur erwähnenswerth, daß Abg. v. Mendel-Steinfeld (L) beim Kapitel Thierärztliche Hochschulen und Veterinärwesen für wirksamere Bekämpfung der Rothlaufseuche der Schweine die Einführung der obligatorischen Impfung erregte. Seitens der Regierung wurde erwidert, daß Preußen beim Bundesrath eine Abänderung der §§ 80 a und 45 des Reichs-Seuchengesetzes beantragt habe und daß in den nächsten Etat ein Posten für ein Thierhygiene-Institut eingestellt werde. Die Untersuchungen über einen wirksamen Impfstoff seien noch nicht abgeschlossen, auch sei der Ansteckungsstoff der Maul- und Klauenseuche bisher noch nicht gefunden. Im weiteren Verlauf der Debatte betonte der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein die Nothwendigkeit einer Vermehrung und einer Gehaltsaufbesserung der beamteten Thierärzte.

Bei der Beratung des Extraordinariums suchte Herr Dieckhoff sich wieder einmal durch Ullstugheit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, indem er bei der Forderung von 150 000 M. zur Genährung einer Beihilfe an die Meliorations-Gesellschaft der Geseh-Niederung zur Fortführung und Beendigung der Melioration gegen die Regierung heftige, durchaus unbegründete Vorwürfe erhob. Er wurde aber von dem Minister, der ihm eine völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse nachwies, glänzend abgeföhrt, und wenn er trotz dieser Niederlage noch einmal das Wort ergriff, um sich unter allgemeinem Gelächter des Hauses gleichsam als den einzig Sachverständigen zu präsentieren, so beweis das nicht weiter, als daß er von dem Werth seiner eigenen theuren Persönlichkeit so durchdrungen ist, daß ihm darüber die Fähigkeit, sachlich zu debattiren, völlig abgeht.

Nach Erledigung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung wurde noch der Etat der Domänenverwaltung in Angriff genommen, wobei wiederum eine billigere Verpachtung der Domänen zu Gunsten der armen Agrarier und zum Nachtheil der Steuerzahler angeregt wurde. — Die Debatte wurde unmittelbar vor dem Titel „Bernsteinmonopol“ bis auf Montag vertagt.

Ein Zitat. Die „Nation“ veröffentlicht unter dem Titel „Aus unserem Zitatenschatz“ Prinz Albert zur Charakteristik Friedrich Wilhelm IV., daß folgendes:

„Die Rede des Königs (bei Eröffnung des Vereinigten Landtages) ist eine merkwürdige Probe der Beredsamkeit, die zum Berge dringt, aber den Verstand unbefriedigt läßt. Stellt man sich an die Stelle eines kalt kritischen Publikums, so wird einem flau zu Muth. Welche Verwirrung der Begriffe und welche Kühnheit, aus dem Stegreif, als König, in einem solchen Moment und in solcher Länge alle die entscheidenden, schwierigsten Punkte zu berühren nicht nur, sondern Kaval und Fall abzuhandeln, Gott zum Zeugen aufzurufen, zu versprechen, droben, schwören u. s. f. Er läßt sich von Gleichnissen verführen, die seiner Phantasie zuzagen, die er nur soweit ausführt, als sie zu seinem Kram passen und die oft die wahre Lage der Dinge gar nicht wiedergeben, aber, weil sie geistreich sind, ihn befriedigen, es macht eine scharfe Argumentation unmöglich. Dann läuft er noch Gefahr, daß er subjektive Gefühle und Ansichten als Beweggründe seiner Handlungen nimmt, und nicht nur danach handelt, sondern auch verlangt, daß, da diese Gefühle und Ansichten ihm heilig und theuer sind, sie es nun auch allen anderen sein sollen, die nicht im geringsten dadurch berührt sind. Dahin gehören die Pietätsgefühle gegen Friedrich Wilhelm III., die nur der Sohn fühlen kann, oder die aus gewissen Lieblingsstudien und Gedanken für ihn entsprungnen Lieblingsgrundzüge.“

The life of H. R. I. + the Prince Consort, by Theodore Martin, London 1876. [Das Leben Sr. R. O. des Prinz-Gemahls, von Theodor Martin, London 1876.] Entnommen einem Aufsätze von F. Heine, Gesslen, „Prinz Albert“ in der deutschen Rundschau 1877, XI. Band, S. 94.

Das Urtheil der Geschichte über Friedrich Wilhelm III. hat trotz aller Bemühungen seines Sohnes sich nicht geändert. —

Der Dreibund wird in dem gestern mitgetheilten Wahlprogramm des italienischen Ministerpräsidenten Rudini nicht erwähnt. Diese Nichterwähnung ist das wichtigste in dem ganzen Programm, das, soweit es etwas sagt, nichts sagt — oder, was dasselbe ist: Gemeinplätze. Sie hat nach den früheren Äußerungen Rudini's nichts Unerwartetes, bildet aber eine löbliche Satire auf die jetzt modische Phrase vom „einigen Europa“. Natürlich will Italien, falls es zur Vertheilung des türkischen Fells kommt, seinen Theil abhaben, und da will die Regierung sich die Hände nicht binden. —

Die Komödie um Kreta dauert fort. Diese Komödie ist aber ein Trauerspiel, denn während „ganz Europa“ sich vor aller Welt von dem griechischen Jmweg Nasensträber geben und Nasen sich brechen läßt, sind Tausende im Inneren

er Insel allen Schreidissen des künstlich genährten Bürgerkriegs ausgelegt und wird durch dieses geschäftige Nichtstun der Diplomatie die Gefahr eines europäischen Krieges mit jeder Minute vergrößert.

Wenn der Fehler nach dem Sprichwort schlechter ist als der Fehler, dann hastet an der europäischen Diplomatie eine schmerzliche Blutschuld als an den Halbwilden, die auf Kreta sengen, brennen und morden.

Aus Athen wird telegraphiert:

In offiziellen Kreisen wird behauptet, Rußland und Deutschland würden nach Ablauf der Griechenlands gestellten Frist auf sofortige Ergreifung von Zwangsmahregeln dringen, während die übrigen Mächte sich ablehnend verhalten werden.

Infolge der unzureichenden Blockierung der Südküste Kreta's sind durch die griechische Königsmacht „Sphakteria“ und andere Schiffe Lebensmittel dort gelandet worden, ohne daß ein Dazwischentreten erfolgte. Die Vorräte werden durch griechische Soldaten über die Berge den Truppen zugeführt. Die letzteren sind nunmehr für drei Monate verproviantirt.

Aus Konstantinopel wird gemeldet:

Infolge der mehrfach verbreiteten Behauptung, daß die türkische Flotte nicht aktionsfähig sei, versagte der Marineminister Hassan Pascha eine Eingabe, in der er erklärt, daß der Zustand der Flotte ein guter und die Türkei jeder Seemacht zweiten Ranges gewachsen sei. Diese Eingabe sollte von allen Vizeadmiralen unterzeichnet werden, jedoch weigerten sich zwei derselben, dies zu thun. Infolge dieses Zwischenfalls erklärte der Marineminister in einer zweiten Eingabe an den Sultan, er sei persönlich bereit, das Kommando des Geschwaders zu übernehmen.

Hier verlautet, die Antwort der Pforte auf die Kollektionnote der Mächte werde Aufklärungen darüber verlangen, wie die Kreta zu verleihe Anatomie beschaffen sein soll.

Die Konsuln Oesterreichs, Rußlands und Serbiens in Restub haben an die Botschafter in Konstantinopel telegraphirt, daß die Haltung der türkischen Truppen die Ergreifung von Sicherheitsmahregeln notwendig mache.

Aus London werden fortwährend Sympathieklendgebungen für Griechenland gemeldet.

Den Kolonialpolitikern hinter den Spiegel. Aus Paris wird telegraphirt:

Paris, 6. März. In einem gestern Abend gehaltenen Vortrage über die Erforschung des Nigergebiete's pries Lieutenant Hourie die Verdienste des deutschen Afrikaforschers Barth, der ein wahrer Bürger der Menschheit gewesen sei und dessen Namen man in den von ihm durchzogenen Ländern nur anzurufen brauche, um alsbald Schutz zu genießen.

Barth hat die Neger wie Menschen behandelt. Und es ist ihm kein Haar gekrümmt worden. Mit den gleichen Grundsätzen durchquerte der Engländer Livingstone Afrika zum ersten Male — und überall fand er freundliche Aufnahme. Erst seit die Kolonialbestien kamen: die Stanley, Peters, Leist, Schröder und Konsorten sind die Neger mißtrauisch und handeln gegen die Europäer nicht mehr wie Wilde und Heiden, sondern wie — Europäer und Christen.

Samoa. Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben William Chambers aus Alabama zum Oberrichter auf Samoa gewählt. Chambers war einer der Kommissare der Vereinigten Staaten bei der Regelung der Grundbesitzverhältnisse auf Samoa.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Weber P. von Gera wurde am vorletzten Freitag wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt. Nach vierstägiger Haft entließ man ihn wieder, wahrscheinlich weil Anklage nicht erhoben werden soll. Als Belastungszeuge fungirte in der Voruntersuchung der frühere Restaurateur und Gelegenheitsmacher Pannier, der vor ungefähr vier Wochen einem Viertisch-Gespräch beigewohnt hat, an dem auch der Verhaftete theilgenommen. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte Pannier, in dem Angeklagten erkenne er nicht denjenigen wieder, der besagte Majestätsbeleidigung begangen.

Deutsches Reich.

Ueber das Schicksal der Militärstrafprozeß-novelle schreiben anscheinend offiziell die „Verl. Polit. Nochr.“: Entgegen den pessimistischen Ansichten über die Lage des Militärstrafprozeßes soll in Bundesrathskreisen die bestimmte Zuversicht auf eine baldige befriedigende Lösung dieser lange hinausgezogenen Angelegenheit vorherrschen, und zwar nach Verlauf der ersten Lesung in den Ausschüssen der genannten Körperschaft, nach der die zweite Lesung nur wenig Sitzungen beanspruchen dürfte; alsdann würde die Vorlage an den Reichstag gelangen. In diesem dürfte allerdings die Angelegenheit erst im Winter 1897/98 zur Erledigung gelangen, da angeblich die parlamentarische Saison um Pfingsten zu Ende gehen wird.

Mit seinen Versprechungen im Reichstage hat Fürst Hohenlohe entschieden geirrt.

Der Zentralverein zur Dehung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt hatte Freitag Abend im Reichstagsgebäude seine ordentliche Hauptversammlung. Die Herrschaften waren natürlich mit den Wirkungen des neuen Binnen-schiffahrtsgesetzes sehr zufrieden. Den einzigen Witz brachte Dr. Landgraf-Frankfurt a. M. in die Versammlung mit seiner Anregung, Schiedsgerichte für berufliche Streitigkeiten der Schiffer einzuführen.

Eine Anzahl braver Pastoren veröffentlicht in der „Post“ eine Erklärung gegen alle christlich, evangelisch und national-sozialen Bestrebungen. Der Aufruf schließt mit folgendem Satz:

Es ist nötig, fest zu bleiben und nicht müde zu werden, sich selbst und anderen zu bezeugen, daß die evangelische Kirche Gott nur gefällt und dem nächsten nur dient, wenn sie das Evangelium rein und von weltlichen Dingen unvermischt verkündigt.

Pastor Schall's Thätigkeit wird durch diesen Bannstrahl nicht getroffen. Das Eintreten für deutschkonservative und agrarische Interessen verwehren die unterschriebenen Pastoren ihren Amts-genossen nicht, solche Vermischung des Evangeliums mit weltlichen Dingen mißfällt wohl Gott nicht.

Auch diese Erklärung ist ein wertvolles Aktenstück für die Geschichte des Klassenkampfes unserer Tage.

Nationalsozial. Herr Max Lorenz in höchst eigener Person erklärt zu den neuen Flottenplänen mit Namensunterzeichnung in der heutigen Nummer der „Zeit“:

Die liberale Presse macht mobil gegen solche Unternehmen. Die konservativen Morgenblätter schweigen noch. Wir erklären uns von vornherein im Prinzip mit der kaiserlichen Flottenpolitik einverstanden.

Wie glücklich wird Hollmann sein über diese außerordentliche Verstärkung seiner Position.

Der Landrath des Sprottauer Kreises, v. Röhing, erläßt folgende nachahmenswerthe Bekanntmachung:

Die Abfindung der Mittheilungen über die Veranlagung zur Einkommen- und Vermögenssteuer hat begonnen. Diejenigen Personen, welche nach ihrer Ansicht zu hoch zur Steuer veranlagt sind, warne ich auch in diesem Jahre wieder davor, sich von Privatsekretären, Winkelkassanten und dergleichen für theures Geld bogenlange Verusungsschreiben anfertigen zu lassen. Wer sich nicht getraut, allein oder mit Hilfe seines Gemeindevorstandes eine einfache gehaltene Verusung christlich einzureichen, der bemühe sich zu mir aufs Landrathsamt oder, falls ich nicht zugegen sein sollte, auf

Steuerbureau im Landrathsamts-Gebäude und gebe seine Verusung daselbst zu Protokoll. Auf diese Weise wird er sicherer und billiger zu seinem Rechte kommen, als durch Inanspruchnahme von Winkelkassanten.

Das wäre ganz schön, wenn die Bevölkerung das Zutrauen zu entgegenkommender Behandlung bei den Behörden allgemein hätten.

Welche Umstände mit Herrn Stumm gemacht werden, ersieht man aus der Mittheilung der „Rheinischen Zeitung“, daß der evangelische Oberkirchenrath zunächst noch einmal den Versuch machen wird, in Sachen des Freiherrn v. Stumm wider die Mehrzahl der evangelischen Geistlichen der Synode Soarbrücken eine gütliche Verständigung und Beilegung zu erreichen. Der Wirkliche Oberkonsistorialrath Propp v. d. Goltz ist dazu außersehen, sich demnächst an die Saar zu begeben, um in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenraths an Ort und Stelle mit den Beteiligten die „Sühne“ zu versuchen. Sollte dieser Versuch gelingen, so würde die höchste Behörde der preussischen Landeskirche der Verpflichtung überhoben sein, zu der Beschwerde des Freiherrn v. Stumm über die bekannte Entscheidung des rheinischen Konsistoriums einen förmlichen Beschluß zu erlassen, mit dem vielleicht keine Partei so recht zufrieden wäre.

Die Sache des scharf machenden Freiherrn scheint recht schlecht zu stehen.

Dresden, 6. März. (Eig. Ber.) Darf ein konservativer Reichstagskandidat und Agitator in einem politischen Prozeß über einen Sozialdemokraten zu Gericht sitzen? Eine Entscheidung über diese eigenartige Frage wurde heute vor dem Dresdener Landgericht prozessiert. Genosse Arno Reichard sollte sich vor der 4. Strafkammer wegen Privatbeleidigung zweier Fabrikbesitzer (Wiesold und Lode) in Weissen verantworten. Er hat in einer Versammlung die Zustände in der Fabrik jener Herren scharf kritisiert, und nun nimmt sich die Staatsanwaltschaft der Kläger im sogenannten öffentlichen Interesse an, und die Sache kommt vors Landgericht — weil mit Rücksicht auf die „vorbestrafte Persönlichkeit des Beschuldigten“ und seine „planmäßige Verberbung der Metallindustriellen“ eine hohe Bestrafung in Erwartung stünde. In der heutigen Verhandlung lehnte Reichard den Landrichter Rosenhagen als Befangen ab. Rosenhagen ist bei der 1898er Wahl in dem 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, in dem Reichard schon seit 6 Jahren öffentlich thätig ist, als Kandidat aufgestellt gewesen. Reichard ist ihm damals in öffentlichen Wahlversammlungen bestig entgegengetreten. Er geht nun von der Ansicht aus, daß Landrichter Rosenhagen gegen ihn besungen sein müsse. Er wende sich mit seiner Ablehnung nicht gegen den politischen Gegner, sondern gegen den konservativen Agitator, der Recht spricht, obwohl er als Gespöcherer mit singuliren Will, weil er bei Wahlen zu geschickten Körperkassen kandidirt.

Diese Ablehnung wurde abgewiesen. Reichard erhob dagegen sofort Beschwerde. Er stellte noch Verweisanträge, die dahin gingen: Handelskammer-Sekretär Schulze soll aussagen, daß die Beleidigten in der Dresdener Handels- und Gewerbelammer allgemein als insolente Geschäftsleute gelten. Die Gefängnisordnung und die Verhaltungsvorschriften der Gefangenen in sächsischen Gefängnissen sollen im Vergleich zu der rigorosen Arbeitsordnung von Wiesold u. Lode darthun, daß die sächsischen Gefängnisse ein „Paradies“ gegen die Nähmaschinenfabrik der Beleidigten sind, wie es Reichard behauptet hat.

Der Staatsanwalt hielt diese Anträge für be-achtlich, ebenso das Gericht, und die Verhandlung wurde vertagt.

Meiningen, 6. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Landtag von Sachsen-Meiningen hat soeben das Gemeindegesez gegen die Stimme des Genossen Wehber angenommen. Künftighin werden auf Grund ihrer Steuerleistungen die Reichen in den Städten bis 10 Stimmen, und auf dem Lande in fast unbefruchteter Zahl auf sich vereinen können, indem für je 15 M. eine Stimme gerechnet wurde. Die Wahl von Sozialdemokraten in den Stadtvertretungen kann künftighin als ausgeschlossen gelten. Jetzt haben vier Vertreter in Saalfeld, Böhmed, Sonneberg, Salzungen und in vielen Landorten. Der Regierungsvorsteher gab die beabsichtigte Fernhaltung unserer Parteigenossen von den Wahlen mummwunden zu.

Aus Lich wird der „Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung“ geschrieben: Eine Anzahl hiesiger Kleingrundbesitzer hat der zweiten heftigen Kammer eine Petition zugehen lassen, in welcher um „gesetzliche Maßnahmen gegen die Ausdehnung des färslich Solms-Hohensolms-Lichschen Waldes in hiesiger Gemarkung“ gebeten wird.

Das ist wieder ein trefflicher Beleg für die Unsinngkeit des Wortes von der „Interessengemeinschaft der kleinen und großen Bauern“. Diese „großen Bauern“ a la Fürst von Lich sitzen den kleinen wie ein Dorn im Fleische. Die Großen in der Landwirtschaft sind genau so gut die natürlichen Feinde der kleinen Bauern, wie die Großindustriellen die natürlichen Feinde der Handwerker sind. Beide untergraben die Existenz der kleinen. Sie haben das Bestreben, immer größer, immer reicher zu werden; das können sie natürlich nur auf Kosten der kleinen. Eine Interessengemeinschaft zwischen kleinen und Großen kann es nicht geben und giebt es nicht.

Oesterreich.

Von der Wahlbewegung. Ueber unsere Wahlaus-sichten in Böhmen schreibt die liberale „N. Fr. Pr.“: Bei den Wahlmännerwahlen in der fünften Kurie in Komotau erhielten die Deutsch-Nationalen sämtliche 24 Stimmen. Die Sozialdemokraten hoffen trotzdem auf den Sieg, wenn die fortschrittlichen Wahlmänner am 12. d. M. für sie stimmen.

Von den 18 Abgeordneten der fünften Kurie, welche Böhmen zu wählen hat, entfallen 11 auf tschechische und 7 auf deutsche Bezirke. Die Jungtschechen haben in sämtlichen 11 Bezirken Kandidaten aufgestellt. Die zwei Bezirke Smidow-Kladno und Pilsen geben sie jedoch nach dem Ausfallen der Wahlmännerwahlen mit ziemlicher Sicherheit an die Sozialdemokraten verloren. Die Chancen im Bezirke Jungbunzlau, wo Herrmann Janda kandidirt, sind ungewiß. Es dürfte dort nur auf eine geringe Anzahl von Stimmen ankommen. In den sieben deutschen Bezirken haben die deutschen Parteien nur sechs Kandidaten aufgestellt. In Eger ist von deutscher Seite bisher kein Kandidat nominirt worden. Sicher verloren für die Deutschen ist der Bezirk Leitmeritz, in welchem Krzpel gegen den Sozialdemokraten Schrammel kandidirt. Besterer hat die Majorität der Wahlmänner für sich. Ziemlich günstig stehen dagegen die Chancen für die Deutsch-Fortschrittlichen in den Bezirken Trautmanau und Wiesel. Der Bezirk Reichenberg, wo die Deutsch-Fortschrittlichen gemeinsam mit den Deutsch-Völkischen den bisherigen Abgeordneten Rindermann kandidiren, ist sehr gefährdet. Hier dürfte der Sozialdemokrat Danich durchdringen.

Im 1. Bukowinaer-Wahlkreise gaben 610 Wahlmänner ihre Stimmen ab, auf unseren Kandidaten entfielen 89. Wie wenig die Liberalen bei den Wahlen der V. Kurie bedeuten, geht aus der folgenden Meldung hervor:

Die am 6. März von der liberalen Partei einberufene Wählerversammlung des ersten Wahlkreises in Wien, fünfte Kurie, war von mehr als 2000 Personen besucht. Der liberale Kandidat Frauenberger wurde ruhig angehört. Nach einer längeren Diskussion wurde bei der Abstimmung der sozialdemokratische Kandidat Neumann einhellig akzeptirt. Die Christlich-Sozialen in Wien arbeiten mit allen Mitteln der Wahlbeeinflussung. Sie erregen Ständele, Krawalle, schreien vor nichts zurück, um ihr Ziel zu erreichen. Charakteristisch für die Wahlmanöver dieser Partei ist die folgende Meldung aus Wien, die sich die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ telegraphiren läßt:

Eine Deputation von christlich-sozialen Wählern verlangte vom Statthalter für Nieder-Oesterreich für den 9. März, den Wahltag der 5. Kurie, zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein Militäraufgebot auf der Straße, welche Forderung der Statthalter mit der Erklärung ablehnte, es sollten mit größter Vorsicht Vorkehrungen getroffen werden, um die Freiheit der Wahl zu wahren.

Ungarn.

Budapest, 5. März. Die liberale Partei des siebenten Bezirkes beschloß in einer heute Abend stattgehabten Versammlung, Morzsanje, der sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt hatte, wiederum als Kandidaten aufzustellen.

Wahrscheinlich sind die liberalen Wähler des Herrn Morzsanje ebenso viel werth, wie ihr korrupter Abgeordneter.

Frankreich.

Paris, 5. März. In der Kammer beantragte der Sozialist Charpentier unter Befürwortung der Dringlichkeit, in jedem Departement eine Untersuchungs-Kommission zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse einzusetzen. Die Kammer verwarf die Dringlichkeit auf Wunsch des Handelsministers mit 309 gegen 175 Stimmen und nahm dann die Diskussion über die Stellenvermittlungsbureau's wieder auf. Der erste Artikel dieser Vorlage lautet dahin, daß die Arbeiterplacirungsbureau's ohne Entschädigung innerhalb fünf Jahren zu beseitigen sind. Der Abg. Contant brachte eine Gegenvorlage ein, welche die sofortige Aufhebung verlangt. Behalte man sie bei, so hieße dies die Traditionen des Kaiserreichs fortsetzen, welches es für notwendig erachtete, die produktive Demokratie unter das Auge der Polizei zu stellen. Deshalb verlangten die Arbeiter die Beseitigung dieser Polizei-Offizinen. Die Arbeitervereine seien bereit zur unentgeltlichen Placirung der Arbeiter. An der Kammer sei es, ihre rechtmäßigen Forderungen zu erfüllen. Berichterstatter Berry bekämpfte die Gegenvorlage und erklärte, wenn man die Bureau's sofort aufhebe, gebe man den Arbeitervereinen das Monopol, die Arbeiter zu placiren. Sozialist Faberot wundert sich, daß man die sofortige Beseitigung verweigere. Die Stellenvermittler hätten niemals aufgehört, die Gesetze zu verletzen, und in ihren Bureau's seien stets finstere Umtriebe geboren worden. Habe man nicht in den letzten Jahren Bomben plahen sehen, die auf der Polizeipräfektur fabrizirt worden seien? (Ausruft.) Präsident Brisson fordert Medner auf, seine derartige Sprache zu führen, denn er könne solche Anklagen nicht bilden. (Lärm aus der äußersten Linken.)

Das Gericht von Albi verurtheilte am 2. Januar infolge der Unruhen, die am 29. November gelegentlich der Volksversammlung des Genossen Jaurès in Carmaux stattfanden, den früheren Maire von Carmaux, Calvignac, zu 5 Tagen Gefängniß wegen Verletzung verschiedener Personen, so besonders des Administrators der Arbeiter-Glashütte Antouarier, ferner zu 10 Tagen Gefängniß wegen Verletzung eines anderen Administrators der Arbeiter-Glashütte und zu 15 Tagen wegen Verletzung dreier Arbeiter. Am Mittwoch beschäftigte sich das Appellgericht von Toulouse mit der von Calvignac eingelegten Berufung und stellte gestern sein Urtheil dahin, daß es den früheren Urtheilspruch bestätigte. Infolge dessen muß Genosse Calvignac, der am 27. Juni 1892 bereits zu 40 Tagen Gefängniß wegen Beleidigung des derzeitigen Bürgermeisters von Carmaux verurtheilt worden war, seine verschiedenen Strafen nunmehr abthun.

England.

London, 5. März. (Eig. Ber.) In Halifax ist, wie wir schon telegraphisch meldeten, der Liberale gewählt worden. Gegen 1895 sind die liberalen Stimmen um 579 gestiegen, die der J. L. B. um 1818 gefallen. Die Wahlbetheiligung war außerordentlich stark, mehr als 90 pCt. der eingeschriebenen Wähler.

Der Rückgang der sozialistischen Stimmen ist zweifelsohne darauf zurückzuführen, daß man zu einseitig sich auf die Politik des „Zerschmetterens der Liberalen“ verbißen hat. Bei einer Uebermacht der Konservativen im Parlament, wie England sie nie zuvor gesehen, war es nicht zu erwarten, daß die Masse der Wähler diese Politik mitmachen würden. Natürlich muß man den englischen Liberalismus nicht mit dem des Festlandes verwechseln, Wilson's Programm war ökonomisch und politisch sehr radikal.

Spanien.

Die Regierung hat die in dem Amnestie-Erlaß vom 18. April 1895 den Deserteurten gesetzte Gestellungsfrist bis zum 30. Juni dieses Jahres verlängert.

Rußland.

Die Ordnung herrscht in Petersburg. Die im „Vorwärts“ seinerzeit gemeldeten Verhaftungen, welche in St. Petersburg im Dezember 1895 stattfanden, endeten mit Beurtheilungen der folgenden Personen:

Zur Verschickung nach Ost-Sibirien auf 5 Jahr wurde der Student des Technologischen Instituts Peter Saporoschek verurtheilt.

Zur Verschickung nach Ost-Sibirien auf 8 Jahr: Rechtsanwalt Vladimir Ujanow, Maschinen-Ingenieur Glibek Archischanowsky, der ehemalige Student Juley Jerebbaum, Maschinen-Ingenieur Wassily Startow, Student des Technologischen Instituts Anatoly Wanjew, Privatarzt Jakob Jachowsky und der Beamte Panteley Pepejschinsky.

Zur Verschickung nach Gouvernment Archangelsk auf 3 Jahre: Maschinen-Ingenieur Alexander der Maltschensky, Bibliothekarin Elisabeth Alrinsky, Privatlehrerin Wiera Sabeljen, Maschinen-Ingenieur Eugen Bogatiren, Student der Universität Pawel Romanente und die Arbeiter Nikolaj Iwanow und Wassily Schelgunow.

Zur Verschickung nach dem Gouvernment Wologda auf 3 Jahre wurde der Student des Technologischen Instituts Malischewsky verurtheilt. Folgende Personen wurden unter besondere Polizei-Aufsicht gestellt: Student des Technologischen Instituts Mark Schat und die Arbeiter Boris Sinowjew, Peter Karamischew, Iwan Jalowlew und Iwan Babuschkin.

Erklärung. Ein Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ schreibt für deren letzte Nummer unter dem Titel: „Vor dreißig Jahren“ eine Ehrenrettung oder richtiger Verherrlichung des Herrn von Schweiger, dessen Haltung, besonders in den kritischen Jahren 1865, 1866 und 1867 durchaus „korrekt“ gewesen sei; der das Richtige getroffen und mit einer in ihrer Art meisterhaften Geschicklichkeit die junge Bewegung geleitet habe u. s. w. Ueber die Rolle des Herrn von Schweiger will ich mich jetzt nicht auslassen. Was der Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ persönlich von einer Person hält, das ist seine Sache. Ich befreite ihn nicht das Recht, seinen Helden zu loben, aber er thue es nicht auf Kosten anderer.

So schiebt er mir den Unsin unter, ich habe eine kommunistische Propaganda-Gesellschaft“ erstrebt — im Gegensatz zu Schweiger, der eine „politische Partei“ gewollt habe. Das ist, so weit ich in Frage bin, eine Legende, für die auch nicht der leiseste Anhalt vorliegt. Gerade ich wollte „eine politische Partei“ und bekämpfte Schweiger, weil er diesem Ziel entgegenarbeitete. Und die „Internationale Arbeiterassoziation“, die ich, als Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung, an stelle des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu setzen wünschte, war doch wohl keine „kommunistische Propaganda-Gesellschaft“. Uebrigens hat Schweiger mir wiederholt vorgeworfen, daß ich aus der Sozialdemokratie „eine politische Partei“ machen wollte.

Und noch eins. Wenn der Herr Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ von Marx sagt, er habe vier Jahre nach dem bekannten Bruch mit Schweiger „willig die Energie und Thatkraft Schweiger's anerkannt“, so ist das wörtlich wahr. Die Wahrheit bedarf aber der Ergänzung, daß Marx bis zu seinem Tode über den Charakter und das Handeln des Herrn v. Schweiger genau derselben Meinung war, wie zur Zeit des Bruchs, und daß

es ihm nie eingefallen ist, zu glauben, er sei damals „über Schweizer's Absichten unzutreffend“ — wohl durch mich? — berichtet worden.“
Berlin, den 6. März 1897. W. Lieblucht.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Novellen-Kommission gelangte in ihrer gestrigen Berathung bis zum § 58. Die Abstimmung über die wichtigsten Anträge, insbesondere darüber, ob zu der ersten Festsetzung der Rente Arbeiter und Arbeitervertreter hinzugezogen werden sollen, wurde angesetzt. Wie werden nach der Abstimmung, die am Dienstag stattfinden soll, über die wichtigeren Anträge und Beschlüsse in Zusammenhang berichtet.

Handelsgesetzbuch-Kommission. Die Berathung beginnt am Samstag beim dritten Buch, „Handelsgesetze“ betreffend. Der § 336 wird angefochten, um dasjenige Geschäft, das nur für einen der beiden Theile ein Handelsgeschäft ist, nicht dem Handelsgesetzbuch, sondern dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu unterstellen. Der Antrag hat einen agrarischen Charakter. Er will die Kleinbauern von den „Chikanen der Kaufleute“ befreien, die angeblich beim Einkauf und Verkauf von Produkten und Gebrauchsartikeln angewendet werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt und die Vorlage angenommen. Der § 337 setzt fest, daß in Ansehung und Wirkung von Handlungen und Unterlassungen auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche Rücksicht zu nehmen ist. Hingefügt wird, daß hier nur Kaufleute in Betracht kommen. — Der § 339 wird gestrichen, ebenso die §§ 340—343, wodurch die Bestimmungen des B.G.B. — die der Regierungsentwurf in bezug auf Vertragsstrafen, Vorauslage des Bürgen, schriftliche Bürgschaft, Schuldversprechen und Schuldanerkenntnis, Zinsforderungen beseitigen will — für alle derartigen Geschäfte wieder zur Anwendung kommen. — § 344 legt die Höhe der gesetzlichen Zinsen mit Einschluß der Verzugszinsen bei Handelsgeschäften auf 5 pCt p. a. fest. Beantragt werden 4 pCt, wie im B.G.B. Der Paragraph wird gestrichen und somit bleibt es bei 4 pCt. — Die §§ 345—353 werden angenommen, der § 354 wird gestrichen. Es handelt sich um die unverzügliche Beantwortung von Geschäftsanträgen. Das Bürgerliche Gesetzbuch tritt mit dem noch strengeren Bestimmungen an die Stelle des gestrichenen § 354. — Ohne Debatte werden angenommen die §§ 355—411. Sodann werden alle Abschnitte des Handels-Gesetzbuchs bis Schluß ohne Veränderung erledigt.

Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß ein Verlagsrecht für den deutschen Buchhandel in Vorbereitung sei, das thnlich die Wünsche und Interessen des Buchhandels berücksichtigen werde.

Für das Einführungsgesetz beantragen die Sozialdemokraten, den 6. Abschnitt, Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge betreffend, bereits am 1. Januar 1898 in Kraft zu setzen. Der Antrag wird für die zweite Lesung zurückgestellt; es besteht einige Wahrscheinlichkeit auf Annahme dieses Antrages. — Betreffs der Konkursreform wird beantragt, diese auch auf die Betriebsleiter, die der Gewerbe-Ordnung unterstellt sind, auszudehnen, — daß sei ein Gebot der Pflicht, da die genannte Kategorie von Beamten etc. jetzt gänzlich schutzlos dastehe. Auch dieser Antrag wird bis zur zweiten Lesung zurückgestellt. — Sodann werden noch einige Aenderungen im § 90b des Genossenschaftsgesetzes angenommen.

Die Sozialdemokraten können für die zweite Lesung die Einbringung einer Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert werden soll, die Frage der Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten und Handelsinspektoren zu regeln.

Hierauf wird die erste Lesung des Handelsgesetzbuchs und des Einführungsgesetzes beendet.

Die zweite Lesung wird voraussichtlich in ca. 10 Tagen stattfinden.

Partei-Nachrichten.

Bei der Bürgerwahlenwahl der 8. Klasse in Gadenburg in Baden wurden zum ersten Mal die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt, und zwar mit 120 Stimmen, während die vereinigten Gegner nur 60—70 Stimmen erhielten.

Der Generalstabs der Sozialdemokratischen Föderation Englands beschloß, das Verbot jeglicher industrieller Thätigkeit für Kinder unter 16 Jahren anzustreben. Zu dem Zwecke der Agitation für diese Forderung sollen in allen größeren Städten Versammlungen abgehalten werden.

Todestilke der Partei. In Lübeck ist der Zimmermann Karl Meyer, langjähriges Mitglied der Partei sowohl wie der Zimmerer-Organisation, aus dem Leben geschieden. Er hat auch in den schlimmsten Zeiten im Vordertreffen gestanden, in Wort und That unermüdet und selbstlos die Interessen der Arbeiter vertreten und das seinige dazu beigetragen, daß die Sozialdemokratie in Lübeck zu der heutigen Bedeutung gelangte. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung des Wertmeisters Steinert von der Firma Ewers u. Co. in Lübeck wurde von dem dortigen Schöffengericht der Parteigenosse Friedrich als verantwortlicher Redakteur des „Lübecker Volksboten“ zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt. Der Vertreter des Privatklägers hatte auf eine geringe Geldstrafe plädiert. Mit den früher gegen ihn erkannten Strafen hat nun der Parteigenosse Friedrich insgesammt 1 Jahr 6 Wochen Gefängnis zu verbüßen.

— Das Breslauer Landgericht als Berufungsinstanz erkannte in der Anlage wider die Genossen Geiser, Kühnel und Frau Kayser, die durch Veranstaltung einer gefeierten Zusammenkunft eine nicht angemeldete Versammlung abgehalten und dadurch das Vereinsgesetz übertreten haben sollten, vom Schöffengericht aber freigesprochen worden waren, ebenfalls auf Freisprechung. Ebenso in dem Prozeß gegen den Parteigenossen Redakteur Zahn, der großen Unfug dadurch begangen haben sollte, daß er die Resolution einer Berliner Gewerkschaftsdelegirten-Versammlung in der „Volksmacht“ veröffentlichte, des Inhalts, man solle die freitretenden Hamburger Hafenarbeiter unterstützen und den Zugang nach Hamburg fernhalten. Weiter sprach das Landgericht Frau Geiser, die wegen Verleumdung des Polizeikommissars Peder zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt war, kostenlos frei.

— In Frankenhäusen verbot die Polizei die Abhaltung einer Volksversammlung, wo der Parteigenosse Manfred Wittich aus Leipzig über die materialistische Geschichtsauffassung sprechen sollte. Das Landratsamt wies die Beschwerde hierüber mit der Begründung ab, es sei bestimmt zu erwarten, daß der Referent das gewählte Thema im Sinne des Klassenkampfes und zum Zweck einer systematischen Agitation behandeln werde, weshalb man mit der Polizeiverwaltung dahin übereinstimme, daß es sich hier um eine Versammlung handle, die zur Förderung von Verbrüderungen mit den im Sinne § 8 der Verordnung vom 28. Mai 1886 bezeichneten Zwecken bestimmt sei. Gegen diesen landrätlichen Entscheid wurde sofort telegraphisch beim Ministerium Beschwerde geführt, damit die Versammlung noch zur bestimmten Stunde abgehalten werden könne. Das Ministerium forderte aber schriftlichen Bericht, dieser ging sofort ab, und das Resultat war, daß das Ministerium das Verbot aufhob, so daß die Versammlung noch zu dem bestimmten Zeitpunkt abgehalten werden konnte. Der in dem landrätlichen Entscheid erwähnte § 8 lautet: „Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, werden andurch als ordnungswidrig verboten.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Maler und Lackierer der Provinz Brandenburg erklärten auf ihrem kürzlich in Eberswalde abgehaltenen Provinzialtag, bei eventuellen Lohnkämpfen unter allen Umständen folgende

Forderungen stellen zu wollen: 1. Einführung eines Minimallohnes, den örtlichen Verhältnissen angepaßt; 2. Verkürzung der Arbeitszeit; 3. Abschaffung der Räumigungsfrist und des Kopf- und Logisverhältnisses bei den Meistern; 4. Einführung eines Arbeitsnachweises. — Lohnbewegungen waren im vergangenen Jahre in Berlin und Kottbus zu verzeichnen. Die in Berlin ist für die Arbeiter erfolgreich gewesen, die in Kottbus hat wegen des großen Zugzuges, namentlich von Berlin und Dresden, zu Ungunsten der Arbeiter geendet.

Deutsches Reich.

Aufruf an alle Gewerbevereine und Kartelle!

Eine für größere Arbeiterkreise nicht unwichtige Schutzfrage wird vom preussischen Gewerbeamt erwogen und untersucht und vermuthlich ebenso von den Regierungen der übrigen deutschen Staaten erwogen, auch wenn dort noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Es handelt sich um die schon 1890/91 vom Reichstag in § 154, Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung grundräßig beschlossene Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Werkstätten mit Motoren, die nachträglich durch Artikel 9 des Arbeiterschutzes vom 1. Juni 1891 wieder vom Erlaß einer kaiserlichen Verordnung abhängig gemacht worden ist. Mit dieser Verordnung hat man nunmehr sechs Jahr gewartet und jetzt, wo endlich amtlich einige vorbereitende Schritte für den Erlaß gethan werden, geschieht dies so, daß die Gesamtheit der Arbeiter keine Gelegenheit zur Meinungsäußerung bekommt und daß schon im Vorstadium versucht wird, die Ausführungsverordnung durch Einfügung zahlreicher Ausnahmen zu einer Abschwächung des Reichstags-Beschlusses zu machen.

Es handelt sich im wesentlichen darum, zu bewirken, daß die Vorschriften, betreffend jugendliche Arbeiter von 13—16 Jahren und der gesetzliche Sechszehn-Stunden-Tag für dieselben unbeschränkt auch für Werkstätten mit Motoren, also die Kleinindustrie, eingeführt wird. Einsteilen können in solchen Betrieben noch Kinder bereits vom 12. Lebensjahr ab beschäftigt werden, und der preussische Minister giebt in seiner hier in Frankfurt bekannt gewordenen Anfrage sehr deutlich zu verstehen, daß er „Schwierigkeiten des Handwerksbetriebs ferngehalten“ wünscht, daß die „Erlaubnisse“ insbesondere des kleinen Handwerkerstandes jede zulässige Verächtlichmachung erfahren sollen und daß kleineren Anlagen mit Motoren „eine das Maß des § 135 Verbot der Beschäftigung vor vollendeter Schulspflicht, Sechszehn- und Zehn-Stunden-Tag und Verbot der Nachtarbeit“ der Gewerbe-Ordnung überschreitende Beschäftigungsdauer der jugendlichen Arbeiter dann gestattet werden solle, wenn nach ärztlichem Zeugnis die körperliche Entwicklung des Arbeiters die beabsichtigte Beschäftigung ohne Gefahr für die Gesundheit zulasse.

Nun gilt es aber gerade, bei diesem Anlaß Breche in die ungläubliche Lehrlingsjücherei zu legen, welche vorzugsweise in der Kleinindustrie herrscht und die z. B. für Schlossereien, welche ja auch zum Theil schon in Großstädten mit Kleinmotoren arbeiten, soeben wieder amtlich durch die Jahresberichte der bayerischen Gewerbe-Inspektoren für 1896 bestätigt wird.

Wir richten deshalb an die Genossen, welche Weisheit an deutschen Gewerbevereinen sind, die dringende Aufforderung, wenn sie von oben herab über die Sache nicht befragt werden, von unten herauf unter Verfassung auf Paragraph 70, Absatz 3 des Gewerbevereins-Gesetzes den Antrag an ihre Stadtbehörden zu stellen, daß ihr Gewerbeamt über die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Kleinindustrie gehört wird bezw. Stellung zur Sache nimmt, und ebenso bitten wir die Vorsitzenden und Vertrauensmänner der örtlichen Gewerkschafts-Kartelle und Kommissionen, die Angelegenheit, so weit ihre Organisationsform ihnen dies erlaubt, zur Besprechung zu bringen.

Es gilt, für die Arbeiter der Kleinindustrie etwas zu erkämpfen!

Redaktion der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M.

Die Graveure, Ziselure und verwandte Berufsangehörigen beschloß am 1. März ihren zweiten Kongreß, einen Zentralverband für Deutschland zu gründen. Derselbe hat, wie im „Vorwärts“ schon mitgeteilt wurde, am 1. Februar seine Thätigkeit begonnen. Beitragsverklärungen sind unter Angabe von Name, Stand, Wohnung, Alter und Geburtsort beim 1. Verbandsvorsitzenden Ernst Bräuner, Graveur, Berlin, Mariannenplatz 5, Hof 2 Treppen, oder beim 1. Kassierer Karl Siwert, Berlin-Nixdorf, Hohrechstr. 4 IV, anzumelden. An solchen Orten, wo eine Zahlstelle oder ein Bevollmächtigter des Verbandes ist, kann der Beitritt dort bewirkt werden. Das ausführliche Protokoll über die Verhandlungen des II. Kongresses ist gegen Einzahlung von 20 Pf. in Briefmarken durch Grieb in Berlin-Nixdorf, Hohrechstr. 4 III, zu beziehen. Den Ortsgruppen ist zu empfehlen, die Broschüre partienweise zu beziehen. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Gewerkschafts-Abrechnungen. Deutscher Holzarbeiter-Verband, 3. Quartal 1896. Mitgliederzahl 40 222. Zuwachs gegen das 2. Quartal: 682. Zahlstellen: 482. Zuwachs: 15. Kassenbestand am 2. Quartal: Zahlstellen: 27 573,25 M., Hauptkasse 37 019,20 M., zusammen 124 592,45 M. Einnahme: 76 896,68 M. Ausgaben: 41 678,43 M., darunter: Neife-Unterstützung: 5839,89 M., Gemischten-Unterstützung: 383,10 M. An Saldo pro 4. Quartal verbleiben: 159 810,70 M.

Der organisirten Tischlern in Elberfeld-Warmen ist vom Hauptvorstand des Holzarbeiter-Verbandes die zur Führung des Streiks nötige finanzielle Unterstützung jetzt bewilligt. Die Unternehmer haben einige Zugeständnisse gemacht, die Hauptforderung, den Neunstundentag, wollen sie jedoch nicht bewilligen.

Der Vorstand des christlichen Gewerkschafts der Bergleute hat bekanntlich den Forderungen in einer vom 21. Februar datirten Eingabe die Lohnforderung von 10 pCt. vorgelegt. Die Eingabe enthält in übersichtlicher Anordnung siffermäßige Nachweise über die von den Zechen in den letzten Jahren vertheilten Gewinne. Das notwendige Einkommen eines Bergmanns, der eine Familie zu ernähren hat, wird in der Eingabe auf monatlich 123 M. berechnet, während im Ruhegebiet die Hauereilöhne im dritten Quartal 1896 monatlich nur 97,75 M., die Schichtlöhne gar nur 69,25 M. betragen. Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: „Also auch wenn eine Verbesserung des Lohnes um 10 pCt. erfolgt, dann haben die Verdienste noch lange nicht den Stand erreicht, den der Vorstand des Gewerkschafts für erforderlich hält, um einer Familie damit ein anständiges Leben zu gewähren. Uebrigens ist der berechnete Familienlohn, besonders was Miethen und Steuern anlangt, viel zu niedrig gegriffen. Wir werden nun sehen, wie die Zechen sich dieser sehr bescheidenen Forderung gegenüber verhalten.“

In Bochum legten die Kesselführer des städtischen Gas- und Wasserwerkes die Arbeit nieder, weil ihnen der geforderte höhere Lohn nicht bewilligt worden ist.

Für die Weisenfelder Schuhmacher sind beim Kassierer Hugo Kirchner von der Charlottenburger Gewerkschaftskommission 110,05 M. und aus Simbach i. S. 25 M. Unterstützung eingegangen, was auf besonderen Wunsch hiermit quittirt wird.

Wirkung der öffentlichen Kritik. Der „Vorwärts“ konnte schon oft von den Erfolgen der Metallarbeiter-Bewegung in Dresden-Meusaß berichten. Kürzlich wurden wieder in einer nach tausenden zählenden Versammlung die Zustände in den „Vereinigten Eisenbahner Werken“ in Dresden und Rabenberg kritisiert. Es ist dies eine Fabrik für Blechwaaren, die für die Aktionäre nur 20 pCt. Dividende abwarf, während es den Arbeitern sehr schlecht geht. Es wurden in der Versammlung hauptsächlich sanitäre Mängel der Fabrik kritisiert. So dürfen in den Löthfäßen, wo die Temperatur nicht selten auf 30—40 Grad Celsius steigt und die Luft von brennenden und Säuredämpfen geschwängert ist, die Klempner mit Rücksicht auf die in der Nähe wohnenden Offiziere die Fenster nicht öffnen, obwohl in den Sälen keine Ventilation vorhanden ist, ja sogar die Dunstrohre der eingebauten Aborte einmünden.

Die Versammlung wurde bekannt gegeben und schon vor ihrem Stattfinden trafen die Fabrikanten Aenderungen in den Lohnverhältnissen. Jetzt müssen nun auf behördliche Veranlassung Ventilatoren gebaut und die Mißstände abgeleitet werden. Die Inhaber anderer Betriebe beginnen nun auch Aenderungen zu treffen. Die Metallindustriellen schänken, die Arbeiter erkennen die Kritik dankbar an, sie organisiren sich. Seit Beginn dieser Bewegung hat die Mitgliederzahl des deutschen Metallarbeiter-Verbandes in diesem Bezirk sich verdreifacht.

Der Redakteur der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, Genosse J. Scherm in Nürnberg, wurde wegen Veröffentlichung eines Artikels, worin der Kesselfabrikant Gutschke in Grimnitzau beleidigt sein soll, vom Schöffengericht in Grimnitzau zu 150 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Haft und zu den üblichen Nebenstrafen verurtheilt.

In Offenbach und Oberrad haben die Schufabrikanten auf die Lohnforderungen der Gehilfen ablehnend geantwortet.

Ueber den Streit in der Spinnerei in Erlangen ist mitzutheilen: Am Donnerstag wurde zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen und der Direktion abermals verhandelt, und zwar im Beisein des Vorsitzenden des Gewerbevereins, dem Bürgermeister Fräuler. Leider ließ sich die Direktion zu einer Einigung nicht herbei. Sie will unbedingt nach dem alten Lohnsatz nicht mehr bezahlen. Der Streit dauert deshalb unverändert fort. Die Textilarbeiter Deutschlands werden ersucht, den Zugang streng fernzuhalten und den Ausständigen auch sonst thätigst zur Seite zu stehen. Briefe u. s. w. sind zu richten an J. Morgensäter in Erlangen, Waldstraße 23.

Ausland.

Aus London wird der „Köln. Ztg.“ berichtet: Am Donnerstag fand eine Besprechung der Unternehmer und der Vertreter der Arbeiter der Maschinenbau-Anstalten der Nordostküste in Newcastle insbesondere über die Lohnfrage statt; die Vertreter der Arbeiter von Tyne, Sunderland und Hartlepool verwarfen den Ausgleichsvorschlag der Unternehmer.

Der Schieferarbeiter-Aufstand in Nord-Wales ist in ein neues Stadium getreten. Lord Penrhyn hat sich endlich breitschlagen lassen, den Arbeitern einen halben Schritt entgegenzukommen. Er besteht nicht mehr darauf, daß der Stenograph und der Dolmetscher der proponirten Konferenz aus den Reihen seiner Leute genommen werden, sondern will nur, daß man sich vor der Konferenz über ihre Personen verständigt. Daraus sind die Arbeiter eingegangen und haben aus ihrer Mitte drei Vertreter gewählt, die die Verhandlungen wieder aufnehmen sollen. Die Versammlung, wo dies geschah, trug einen fast weiswolligen Charakter, wie er dem religiösen Geist der dortigen Bevölkerung entspricht. Neben Gewerkschaftern und Sozialisten waren es auch fast nur religiöse Sektirer, welche zu den Unterstützungen für die Ausgesperrten Rennenswerthes beigetragen haben.

Unternehmer-Verbände.

Ein Syndikat von Posamentenfabrikanten, die im Besitz der neuerfindenen Einzel-Perfädelmaschine System Ledreux sind, hat sich im sächsischen Erzgebirge gebildet. Es hat seinen Sitz in Buchholz; gegründet ist es von 21 Fabrikanten der Städte Annaberg, Buchholz und Scheibenberg. Die Zahl der von diesen Fabrikanten beschäftigten Maschinen beträgt 97. Alleiniger Zweck des Syndikats ist, wie die Zeitschrift „Industrie“ mittheilt, die Posamenten-Industrie „durch gegenseitigen Schutz und Wahrung der Interessen zu heben und jedem Mitglied zur Aufgabe zu stellen, durch Vertrauen wieder Vertrauen zu wecken“.

Eine Genossenschaft der österreichisch-ungarischen Zuckerfabriken, das Seitenstück zum deutschen Rohzucker-Syndikat, hat sich am 20. Februar in Prag konstituiert. Dies jetzt gehören der Vereinigung 46 Fabriken an. Wegen dieser geringen Beteiligung wurde beschlossen, daß die Genossenschaft ihre Thätigkeit betreffs Regelung der Produktion und Verkaufs des Produkts erst dann beginnen soll, wenn eine spätere Generalversammlung den Vorstand hierzu ermächtigt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 6. März. (B. G.) Heute Vormittag gegen 8 Uhr ist hier ein starker Erdstoß verspürt worden. Es herrscht hier ein heftiger Siroco.

Budapest, 6. März. (B. G.) Die Abgeordneten Horanöky und Kossuth haben heute im Abgeordnetenhaus die Interpellation wegen der Kretasfrage eingebracht. Banffy wird dieselbe erst im Laufe der nächsten Woche beantworten.

Paris, 6. März. (B. G.) Deputirtenkammer. Michelin (radikal) brachte einen Antrag ein, welcher die Trennung von Staat und Kirche bezweckt. Der Justizminister Darlan belämpfte die Dringlichkeit, welche mit 323 gegen 152 Stimmen abgelehnt wurde. — Rouanet (Sozialist) richtete eine Interpellation an die Regierung über die Maßregeln welche die Regierung zu treffen gedente, um den Geldvergeudungen vorzubeugen, wie sie bei den Sabbabnen vorgekommen seien; der Redner klagte ferner darüber, daß man den Wucher mit Petroleum und die Betreibewucherer, sowie verschiedene in Liquidation befindliche finanzielle Gesellschaften nicht gerichtlich verfolgte; zu tabeln sei es, daß mehr als 150 Mitglieder des Parlaments verschiedenen finanziellen Gesellschaften angehören. Der Justizminister erwiderte, die von Rouanet erwähnten Angelegenheiten seien Gegenstand verschiedener gerichtlicher Erhebungen gewesen. Die Justiz verfolge ihren Lauf. (Beifall.) Die Berathung wurde geschlossen. Rouanet brachte eine Tagesordnung ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, dem Gesetze Achtung zu verschaffen und darüber Erhebungen anzustellen, wen die Verantwortlichkeit treffe. Der Ministerpräsident lehnte diese Tagesordnung ab, die die Regierung der Schwäche zu beschuldigen scheine und hob mit Entschiedenheit hervor, die Regierung habe ihre volle Pflicht gethan und Energie bewiesen. Mehrere Redner sprachen unter lebhafter Erregung der Kammer zu gunsten der Tagesordnung Rouanet's, welche indessen mit 294 gegen 235 Stimmen abgelehnt wurde. Sodann wurde mit 291 gegen 180 Stimmen eine Tagesordnung, welche der Regierung Vertrauen ausdrückt, angenommen.

Athen, 6. März. (B. G.) Der Marineminister soll, wie verlautet, beabsichtigen, seine Demission zu nehmen.

Athen, 6. März. (Melbung der „Agence Havas“.) Die englischen Kriegsschiffe „Rodney“ und „Camperdown“, der französische Kreuzer „Changy“ sowie ein russisches Panzerschiff sind mit 500 Marinesoldaten von Ranea nach Selino in See gegangen.

Athen, 6. März. (Melbung der „Agence Havas“.) Nach einer hier eingegangenen Depesche aus Acla ist ein türkisches Transporthschiff, welches in Salogora an der Küste von Epirus Lebensmittel für die türkischen Truppen gelandet hatte, auf dem Rückwege aufgelaufen. Das Schiff ist sehr schwer beschädigt worden; es wird als verloren betrachtet.

Ranea, 6. März. (Melbung der „Agence Havas“.) Anlässlich der Bestrafung der türkischen Gendarmen, welche sich am 2. dieses Monats empört hatten, entstand ein Konflikt zwischen dem Zivilgouverneur Ismail Bey, dem englischen Major Bor, profitorischem Befehlshaber der Gendarmen und dem englischen Konsul über die Freilassung des Gendarmen-Unterschieders Kamaday, früheren Kavassan des englischen Konsulats und Führers der jüngsten Rebellion unter den Gendarmen. Der Gouverneur hatte einen Verbannungsbefehl gegen Kamaday erlassen, Major Bor führte indessen die Untersuchung allein, erklärte Kamaday für nichtschuldig und setzte ihn in Freiheit. Der Gouverneur bestand auf der Ausweisung; es wird eine neue gerichtliche Erhebung vorgenommen werden. Auf erneuten Befehl des Majors Bor wurden 17 verhaftete Gendarmen heute früh in Freiheit gesetzt und ihnen die Waffen zurückgegeben.

Lokales.

Die Parteigenossen des dritten Wahlkreises und deren Frauen laden ich nochmals an dieser Stelle zu regem Besuch der deut (Sonntag) Abend 6 Uhr in den „Arminhallen“ stattfindenden Versammlung mit anschließendem gefälligen Beisammensein ein. Genosse Georg Wagner wird über „Streiklichter aus der Evolutions-Theorie“ sprechen. Die Vertrauensperson.

Unsere bekannteren Parteigenossen werden seit kurzer Zeit wieder besonders eifrig von jenen angenehmen Gesellen verfolgt, welche der Volkstugend dröselig mit dem alten preussischen Lichtgroßentum in enge Beziehung bringt. Auf dem Wege zur Arbeitstätte, in Versammlungen und namentlich auf Ausgängen, die abends zu besorgen sind, schleichen die unerbetenen „Schutzgeister“ hinter ebrenhaften Leuten her und beschneiteln ihre Spur bis in die Hausflure hinein. Sei daher jeder Parteigenosse auf der Hut. Die Luft ist rein zu halten. Vor allen Dingen hüte sich ein jeder vor unüberlegten Aeußerungen!

Nachdem das gegenwärtige Bekleidungs-Regulativ für die Berliner Waisen-Verwaltung ungefähr 25 Jahre unverändert beobachtet worden ist, hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, dasselbe einer Durchsicht zu unterwerfen, um in der Ausstattung der Kinder, welche der Waisenpflege der Stadt Berlin anheimfallen, nicht hinter den nothwendigen Lebensbedürfnissen zurückzubleiben. Eine Prüfung dessen, was in dieser Beziehung nothwendig ist, hat zur Aufstellung einer neuen Bekleidungs-Ordnung für die Berliner Waisenpflege geführt. Die Aenderungen gegenüber dem bisherigen Regulativ betreffen hauptsächlich folgende Punkte: 1. Statt lediglich baumwollener Strümpfe werden baumwollene und wollene Strümpfe eingeführt; 2. für die Knaben in Kummelsburg sollen a) statt alle drei Jahre, alle zwei Jahre eine Wäsche, b) statt jährlich zwei Hemden, drei Hemden gegeben werden; in der ganzen Waisenpflege wird der Gebrauch von Jahrbüchern eingeführt; 4. bei der Konfirmation erhalten die Knaben nicht wie bisher Schuhe, sondern Stiefel, statt der Wägen Hüte, ferner Handschuhe, Halstücher und Kleiderbüchsen; 5. für die Mädchen wird der Gebrauch von Bekleidern eingeführt. — Die Gesammt-Mehrausgaben, welche sich aus der veränderten Bekleidungs-Ordnung ergeben, betragen nach einer Kalkulationsberechnung für die Waisenanstalt Kummelsburg, das Depot in Berlin und die Kostpflege 11 182,35 M., ferner für das Erziehungsheim in Lichtenberg 900 M., zusammen 12 082,35 M. Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung dieser neuen Bekleidungs-Ordnung für die Waisenverwaltung nachgehakt. Könnte bei dieser Gelegenheit nicht gleich noch einige Schritte weiter gegangen und eine Kleiderordnung eingeführt werden, durch welche die Waisenkinder sich in ihrer Tracht möglichst wenig von anderen Kindern unterscheiden? Wozu die niederdrückende, tuchende Uniformierung der Armen?

In Sachen der studentischen Ehrengerichte sollte eine neue Veranlassung einberufen werden; dieselbe wurde jedoch nicht genehmigt. Der Senat hat seine Ansicht dahin geäußert, die Herren müssten die Fortführung der Idee einige Semester ruhen lassen, bis sich die Gemüther beruhigt hätten; dann könnte sie von anderen Führern unter milderen Bedingungen und milderen Forderungen wieder aufgenommen werden. Wie von anderer Seite gemeldet wird, ist es abschließlich die Furcht vor der Sozialdemokratie, welche zur Auflösung des Komitees und zur Niederhaltung des „an sich löblichen Strebens“ geführt hat. Lieber den kulturwidrigen Dualismus als die Kulturbewegung der Sozialdemokratie. Eine solche Anschauung ist zeitgemäß, wird aber an dem Fortschreiten des Sozialismus unter der studirenden Jugend nichts ändern!

Zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Der Kaiser hat, wie eine hiesige Korrespondenz mittheilt, dem Wunsche Ausdruck gegeben, das den Befreiungen des christlichen Zeit-schriften-Bereichs zu Berlin, der sich die Aufgabe gestellt hat, durch Einführung billiger Schriften dem Einflusse der staatsfeindlichen, insbesondere der sozialdemokratischen Presse entgegenzuwirken, die thätlichste Förderung seitens der staatlichen wie kommunalen Behörden zu Theil werden möge. Wider die Sozialdemokratie ist bekanntlich kein Kraut gewachsen. Am allernützlichsten zu unserer Bekämpfung sind aber nach bisheriger Erfahrung christliche Vereine, da die Bevölkerungsschichten, auf deren Rettung es ankommen soll, gegen nichts mehr Misstrauen hegen, als gegen die unter staatlichem Schutze arbeitende religiöse Orthodoxie. Dies ist aber für lokale Seelen unter der freimüthigen Stadtverordneten-Mehrheit gewiss kein Hinderniß, abermals auch für den armen christlichen Zeit-schriften-Verein die Vergabe von kommunalen Steuergroschen zu verlangen.

Abschlägig beschieden hat das Polizeipräsidium eine Eingabe des Vereins Berliner Musiker, in der das Verlangen ausgesprochen wurde, den Polizei-Unterbeamt das gewerbsmäßige Musikieren zu unterjagen. In der Antwort wird ausdrücklich betont, daß das Polizeipräsidium gegen dieses „Nebenvergnügen“ seiner Beamten, soweit deren dienstliche Obliegenheiten hiervon unberührt bleiben, nichts einzuwenden hat.

Die Polizeiverordnung, betreffend Anbringung von Firmenschildern an Ladengeschäften, ist nunmehr ausdrücklich auch auf Gastwirtschaften ausgedehnt worden. Dem Polizeipräsidium ist die Anweisung ergangen, daß sämtliche Gastwirthe in Berlin vor ihren Geschäftskontoren sichtbar Vor- und Zunamen des Inhabers des Etablissements anbringen müssen.

Sunderntausend Interchriften soll die Petition gegen die Versammlungsverordnung bisher gefunden haben.

Dungelöhne für Kinderarbeit. Gegenwärtig behelligt man das Publikum mit den Klagen eines hiesigen Blättchens, dessen Chefredakteur als tragikomischer Held in Prägellässaren zuweilen eine beneidenswerthe Rolle spielte. Die Klagen werden in geschlossenen Konversten verhandelt. Dieser Tage stellte sich vor einer Gemeindefchule im Süden der Stadt ein Mann auf und fragte die Kinder, ob sie sich Geld verdienen wollten. Sie sollten die Klame-zettel des Blattes doppelt verkaufen und in Konversten stecken. Für diese Arbeit gäbe es pro 1000 Konversten 25 Pf.; Abholen und Einliefern der Arbeit eingerechnet. Bei angestrengtem Arbeiten verdiente ein Mädchen, daß seine paar freien Stunden auf diese Weise geopfert hatte, baare fünfzig Reichspennige in einer Woche!

Das Polizeipräsidium hat der „Staatsb. Ztg.“ zufolge die beiden Petitionen des „Schuhverbandes Deutscher Schuhmacher“, betreffend Preisgabe der Nordseite der Straße „Unter den Linden“ und Zulassung des Zweiradverkehrs zur Nachtzeit in allen Straßen Berlins, abgelehnt.

Bei der Jibis-Pensionskasse, früher Niederwallstr. 89, jetzt Invalidenstr. 52 am Hamburger Bahnhof, sind bisher die Pensionen bis zum Jahresbetrage von 800 M. und die Wittwengelder bis zum Jahresbetrage von 400 M. bereits an den beiden letzten Werttagen des Monats vor dem Fälligkeitstermin gezahlt worden. Nach einem Erlaß des Finanzministers vom 28. Februar ist diese Vergünstigung der „N. B.“ zufolge auf die Pensionen bis zum Jahresbetrage von 1200 M. und auf die Wittwengelder bis zum Jahresbetrage von 600 M. ausgedehnt.

Im Berliner Aquarium ist jetzt im zweiten Bassin als Seltenheit ein aus dem hohen Norden stammender Alk ausgefist. Dieser Vogel, von der Größe einer Ente und in seinem schwarz und weißen Federkleid und seinen ganz hinten eingelenkten Füßen an die bekannten Nummen erinnernd, erweist sich als der vollendetste Taucher, der zuweilen eine Viertelstunde lang mit Flügel und Beinen rudelnd in allen möglichen Richtungen unterm Wasserpiegel dahingleitet, kleine Fische und Fischbröckchen ausschnappt u. s. w., er seffelt

dadurch die Besucher um so mehr, als sie vor der Wassermasse stehen und somit die reizenden, höchst eigenartigen Bewegungen des Taucherkunstlers von der Seite her verfolgen können.

Im Jirkus Rusch wird die Pantomime „Nach Sibirien“ am Dienstag zum 75. Male aufgeführt.

Der Jirkus Rusch veranfaßt am heutigen Sonntag wieder zwei Vorstellungen und zwar nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Die ersten, welche zu ermäßigten Preisen stattfinden und zu jeder Besucher ein Kind frei einführen darf, bringt die „Kühnigen Wälder“, die Abendvorstellung „Aus der Wapoe eines Niesengebirgsphantasen“.

In der Urania in der Laubenstraße wird die ganze Woche hindurch der neue Vortrag „Der Kampf um den Nordpol“ gegeben. — Das Repertoire der Urania in der Invalidenstrasse lautet: Sonntag und Freitag: Dr. Bonard, Japan I und II. Montag: Dr. Schwahn, Bilder aus dem Weltall. Dienstag: Dr. Nash, Roberte Räder. Mittwoch: Dr. Speib, Flüssige Luft. Donnerstag: G. Witt, Bau des Weltsystems. Sonnabend: Prof. Dr. Müller, Genossenschaftsleben bei Thieren und Pflanzen.

Im Passage-Vanoyptium sind die Samoaner wieder eingeführt. Unter allen fremden Völkern, welche die Direktion dieses Instituts eingeführt hat, sind die Bewohner der polynesischen Inselgruppe wohl am meisten vom Berliner Publikum beachtet worden. Ihre harmonisch entwickelten, kräftigen Körperformen, ihre zum Theil auch nach europäischen Begriffen schönen Gesichtszüge, sowie die natürliche Grazie, die ihnen eigen, haben seinerzeit nicht allein die Bewunderung von Kalen gefunden, sondern sind auch in wissenschaftlichen und künstlerischen Gegenstand des Studiums gewesen. Die 32 Mädchen und die drei Männer dieser Gruppe haben sich in letzter Zeit in Rußland aufgehalten und sind von dort, trotz des strengen, für sie ungewohnten Klimas sämtlich gesund zurückgekehrt. Ja, mehr noch, sie haben einen ihnen hoffentlich willkommenen Zuwachs erhalten; ein glücklicher Vater verkündet nämlich, daß ihm vor drei Wochen ein drallek Junge geboren worden ist. Ueber die Gebräuche und Sitten der Samoaner haben wir bei ihrem ersten Erscheinen berichtet, sodas für heute dieser Hinweis genügen wird, um unsere Leser auf die interessanten „Oegenfähler“ aufmerksam zu machen.

Ein Röntgen-Kabinet wird die Berliner medizinische Universitäts-Klinik, welche unter Leitung des Professors Senator steht, anlässlich der Verlegung der Klinik von der Dorotheen- nach der Luisenstraße erhalten. Die Leitung des Röntgen-Kabinetts ist dem Professor S. Grunwald übertragen worden.

In dem Diebstahl im Hohenzollern-Museum weiß ein Bericht-erstatler zu melden, daß die Polizei einen der gestohlenen Ringe ausfindig gemacht habe, welcher, mehrfach verschenkt, endlich in die Hände eines jungen Mädchens gekommen sei. Die Polizei soll den Thätern auf der Spur sein.

Herr v. Mensch-Schilbach, die „Volks-Zeitung“ schreibt: „Nachdem die Herren Normann-Schumann und Eingold Städt den Staub der Millionenstadt von ihren Füßen geschüttelt, scheint nun auch der ehemalige Redakteur eines hiesigen Blattes, Herr v. Mensch-Schilbach, unter dem Motto: „Ich sei, gewährt mir die Bitte...“ die Anker gelichtet zu haben; wenigstens ist letzter Tage ein an ihn adressirter Privatbrief von der Reichspost als unbestellbar an den Abnehmer zurückgegeben worden. Der Herr „Baron“, ein ehemaliger sächsischer Offizier, soll zu denjenigen Medalettoren gehört haben, welche der politischen Polizei gern Gefälligkeitsdienste leisteten. Er war in der Strafsache gegen den Kriminal-Kommissar von Tausch von dem Untersuchungsrichter wiederholt vernommen worden, weil man annahm, daß Herr v. Mensch durch den genannten Kommissar zu gewissen Plänen benutzt worden sei. Inwieweit sich die Annahme bestätigt hat, entzieht sich unserer Kenntnis, jedenfalls aber läßt die Abreise des Herrn v. M. in Verbindung mit der Thatfache, daß er vergessen hat, seine neue Adresse zu hinterlassen, darauf schließen, daß er der Hauptverhandlung gegen Herrn v. Tausch nicht gern beiwohnen möchte. Daß gerade die Hauptbelastungszeugen gegen Tausch jetzt Terzengelid geben, wird gewissen Leuten sehr gelegen kommen; woher jene das Reisegeld nehmen, darüber Schweigt des Sängers Höflichkeit.“

Mit Beginn des Sommerfahrplans der Eisenbahnen dürfte voraussichtlich der neue Zentral-Bahnhof Gesundbrunnen für den Gesamtverkehr zur Eröffnung gelangen. Mit diesem Tage werden auch die Jüge der Stettiner Bahn über Bahnhof Gesundbrunnen geleitet, auf welchem — als Vollbahnhof — sämtliche Vorort- und Fernzüge der Stettiner und Nordbahn halten werden. Der neue Bahnhof hat sowohl für den Fern-, den Vorort- als auch für den Stadtverkehr abgeordnete Bahnstrige, welche von der Bahrfraße aus zu betreten sind. Mit der Eröffnung des Zentral-Bahnhofes geht die alte Strecke der Stettiner Bahn, zwischen Stettiner- und Grünhaldenstrasse ein und alsdann dürfte mit der Regulierung der Grünhaldenstrasse begonnen werden können.

Ein Chedrama hat sich am Sonnabend Morgen gegen 8 Uhr am Curry-Arter hinter der Herdmann'schen Fabrik abgespielt. Der 41 Jahre alte, in der Sörlicherstr. 88 beim Schuhmacher Trüsch wohnhafte Zimmermann Otto Pritschow sprang dort gemeinsam mit seiner 36 Jahre alten, bei ihrer Mutter in der Adlerstr. 188 lebenden Frau Marie geb. Wilde in den Landwehrkanal. Der Mann wurde gerettet und in das städtische Krankenhaus am Urban gebracht, Frau Pritschow dagegen ertraut. Dem Drama liegen Bergänge zu grunde, die im einzelnen noch nicht aufgeklärt sind. — Pritschow wohnte mit seiner Frau früher in der Panziger Straße, mußte aber die Wohnung räumen, weil die Frau mit der Sittenpolizei in Konflikt gerathen war. Anfangs der neunziger Jahre trennten sich die Eheleute. Pritschow wohnte seitdem an verschiedenen Stellen. Seine Frau zog zu ihrer Mutter. Pritschow, der einen Stelzfuß hat und in der Regel auch Krücken benutzt, ging am Montag aus seiner Wohnung mit dem Bemerkung weg, sein Weib möge nur seine Krücken, wenn sich jemand darum melden sollte, für 5 M. verkaufen. Er ist in die Wohnung nicht zurückgekehrt und hat auch nichts mehr von sich hören lassen. Wo er sich bis gestern Morgen aufgehalten hat und wie er mit seiner Frau wieder zusammengekommen ist, weiß man noch nicht.

Wie nachträglich gemeldet wird, ist die Frau, mit der Pritschow gemeinsam den Tod im Landwehrkanal suchte, nicht seine Ehefrau, sondern die Frau des Schlossers Adolf Hesse aus der Falkensteinstraße, die, wie berichtet wurde, seit Montag Nachmittag verschwunden war. Die Liebesgeschichte ist nicht bloß deshalb sonderbar, weil Pritschow ein Krüppel ist, der von der städtischen Armenverwaltung monatlich 15 M. Unterstützung erbielt, sondern auch aus dem Grunde, weil Frau Hesse mit ihrem als fleißig und ordentlich bekanntem Manne in glücklicher Ehe lebte, aus der drei Kinder hervorgegangen sind, von denen der älteste Sohn bereits 19 Jahre alt ist.

Händlicher Unfrieden hat den 54 Jahre alten Arbeiter Paul Herzberg aus der Mühlentstraße veranlaßt, Hand an sich zu legen. Nachdem ihn seine Frau vor einigen Tagen verlassen hatte, kam Herzberg nicht mehr zum Vorschein. Gestern, Sonnabend, Morgen um 9 Uhr ließ der Hauswirth die Wohnung durch einen Schlosser öffnen und man fand den Infaßen als Leiche am Fensterreuz hängen.

Einer jener Unholde, welche Kinder zu unstilllichen Zwecken mißbrauchen, unternahm am Freitag Nachmittag 5 Uhr einen Angriff auf das sechsjährige Töchterchen eines im Hause Swinemünderstraße 77 wohnenden Böttchers. Der Mensch versuchte das Ahtentat auf dem Treppenhofst des Hauses, doch entfernte er sich, als das Mädchen ängstlich wurde und nach seinen Eltern rief. Der Attentäter wird beschriebener als ein nobel gekleideter Mann mit grau-meltem Schnurrbart. Er trug einen hellen Ueberzieher, schwarz-gekreiste Hosen und einen feinen schwarzen Hut.

Die gerichtliche und medizinische Besichtigung der Leichen der bei dem Abbruch des Wasserturmes auf dem Gelände der Gewerbe-Ausstellung getödteten Arbeiter Rabus und Hilde wird am nächsten Dienstag stattfinden. Eine Obduktion der Leichen ist nicht beabsichtigt. Im Anschluß an die Leichenbesichtigung wird der ersuchte Richter vom Amtsgericht II eine Besichtigung der beiden Unglücksfälle vornehmen, von deren Ausfall es abhängen wird, ob die beiden Unfälle ein strafrechtliches Einschreiten erforderlich machen.

Erschossen wurde der frühere Schlossermeister Budde aus Berlin auf der Paulower Feldmark aufgefunden. Der Unglückliche war zurückgekommen und seit längerer Zeit völlig erwerbslos.

In der vorgeftrigen Mittheilung über den Konflikt, den ein Gastwirth mit einem Mieter in der Ebingersstraße gehabt, erklärt der Wirth in einer an uns gerichteten Zuschrift, daß er sich im Kampfe mit seinem Gegner in der Nothwehr befunden habe; der Mieter sei zuerst mit einem Messer und dann mit zwei spitzen Pfeilen auf ihn eingebrungen. Von Sachbeschädigung könne kein Rede sein, auch nicht davon, daß Nachbarshaus den Mieter be-freien mußten, der Mann sei vielmehr losgelassen worden, nachdem die Gefahr vorüber gewesen.

Abermals ein Kind verbrüht. An einer Verbrüfung ist der 8 Jahre alte Sohn Karl des Tischlers Albrecht aus der Dunderstraße 72 gestorben. Der Knabe fiel vorgestern, als seine Mutter sich auf einen Augenblick von ihm abgewandt hatte, in einen Kessel mit siedendem Wasser und zog sich furchtbare Verletzungen zu, denen er am folgenden Morgen erlag.

Ein fingirter Selbstmord. Freitag Nachmittag beging der frühere Stationsgehilfe Max M. aus dem Hausflur des von seinem Schwager bewohnten Hauses der Lettstraße zum Schein einen Selbstmordversuch, indem er aus einem kleinen Revolver einen Schuß abgab und sich zur Erde warf, als ob er getroffen sei. Nach seinem eigenen Geständnis hatte er gar nicht die Absicht, sich zu tödten, er fingirte vielmehr den Selbstmordversuch, um seinen Schwager, der ihm kurz vorher eine Geldunterstützung abgeschlagen hatte, zu erschrecken und seinen Wünschen geneigt zu machen. Infolge dieses Vorfalles hatte sich eine sehr große Menschenmenge in der Lettstraße angeammelt.

Aus den Nachbarorten.

Die Lokalkommission von Reinickendorf giebt bekannt, daß das Lokal von Böttcher, Secpark, Marktstr. 1/2, zu Versammlungen zu haben ist. Dies Lokal ist das einzige, welches der Arbeiterchaft zur Verfügung steht; die Parteigenossen werden daher ersucht, dasselbe bei Ausflügen zu berücksichtigen. Das Lokal von Robert Duchateau, Amendestr. 1, wird zu Arbeiter-Versammlungen nicht mehr hergegeben, ist also gesperrt. Die Lokalkommission.

Brsk. Am Montag, den 8. März, abends 1/19 Uhr, findet im Lokale von Dorn, Bürgerstr. 4, eine Versammlung des Volksbildungs-Vereins für Brsk und Umgegend statt, in welcher Genosse Eberhard über das Thema „Kapital und Arbeit“ einen Vortrag halten wird.

Eine Debatte über die Rentnerfeier hat nun auch die Lichterberger Gemeinde-Vertretung gehabt. In ihrer letzten Sitzung beantragte der Gemeinde-Vorsteher Fietzen, sich offiziell an der Feier der Vereine zu betheiligen und 300 M. für Festschritten und für zwei Musikkorps zu bewilligen. Das eine soll bei dem vom Gemeinde-Vorstand veranstalteten „Festessen“ (à Rouvert 3 M.) musizieren und das andere den Zug der Vereine begleiten. Das zweite Musikkorps stellt das Alexander-Regiment dem Kriegerverein für 150 Mark. Gemeinde-Vertreter Otto Gensler erklärte, der Gergabe der Mittel nicht zustimmen, wenn er auch gegen die Betheiligung an der Feier nichts habe. Nach seiner Meinung müßten solche Feste aus Privatmitteln gefeiert werden. Die Gemeindefasse wäre nicht dazu da, sie zu ermöglichen. Auch sei ein sehr großer Prozentsatz der Gemeindeglieder nicht damit einverstanden. Herr Gensler hatte jedoch alle übrigen Redner gegen sich, und so wurde denn der Antrag angenommen. Außerdem beschloß man auf den Antrag des Vertreters Koch, die Zusaffen des Armenhauses mal besonders gut zu speisen. Als Kuriosum sei noch mitgetheilt, daß von „den Vereinen“ auf dem Wilhelmplatz eine aus dem Sachsenwalde stammende Kaiserliche gepflanzt werden wird, die dann Pfarrer Kunze einsegnen soll.

Wie meisterhaft es die Bureokratie in Preußen versteht, nicht allein die Arbeiterchaft polizeilich zu mahregeln, sondern auch dem Philisterrum vor den Kopf zu stoßen, darüber giebt eine durch die Presse gehende Mittheilung aus der Umgegend Berlins Auskunft, in der es heißt: „Große Erregung herrscht seit einiger Zeit in den zusammen einen Amtsbzirk bildenden Vorortgemeinden Nieder-Schönweide, Johannisthal, Adlershof und Glienicke. Der Amtsvorsteher Rittmeister a. D. v. Oppen-Adlershof versagt dort nämlich seit kurzem fast allen Vereinen und Wirthen an den Sonnabenden grundsätzlich die Genehmigung zum Abhalten von Tanzvergnügungen, Abendtischen, Wurkessen und ähnlichen festlichen Veranstaltungen. Ja, nicht einmal die freiwillige Feuerwehr von Nieder-Schönweide ist von diesem Verbot ausgenommen. Denn vor ungefähr 14 Tagen wollten die Mitglieder derselben an einem Sonnabend eine mit Tanz verbundene kleine Festlichkeit veranstalten, die Erlaubniß hierzu wurde ihnen jedoch vom Amtsvorsteher v. Oppen verweigert. Und erst nachdem die Mitglieder am Tage vor dem für die Festlichkeit bestimmten Sonnabend in einer zu diesem Zwecke anberaumten Sitzung einstimmig beschlossen hatten, sämmtlich aus der Wehr auszutreten, falls der Amtsvorsteher bei seiner Weigerung beharren würde, erklärte sich dieser zur Ertheilung der Erlaubniß bereit. Das Werthwürdigste an der ganzen Sache ist aber, daß den Kriegervereinen an den Sonnabenden die Abhaltung von Festlichkeiten aller Art vom Amtsvorsteher stets erlaubt wird!“

Das bis jetzt ordnungstreue Publikum wird auf einfache Weise zu beruhigen sein. Man erschwere den sozialdemokratischen Vereinen nach wie vor die Abhaltung von Vergnügungen, lege aber dafür den übrigen Vereinen keinen Stein mehr in den Weg. Dann wird eitel Wohlgefallen sich kundgeben in allen wohlthätigen Kreisen! Und man bedarf der Gutgefinnten doch heute mehr wie je im Kampfe gegen die Pest des Umsturzes.

Seinen Gläubigern durchgebrannt ist der 43 Jahre alte Grabsteinfabrikant Feil Hade, der in der Herdmannstraße Nr. 198 zu Niddorf wohnte und seine Werkstat mit einem zweiten Verkaufsgeschäfte in der Hasenheide 1 hatte. Hade hat es verstanden, seine besten Freunde mit zusammen etwa 10 000 M. hineinzulegen.

Mit einer leeren Champagnerflasche niedergeschlagen und schwer verletzt wurde durch seine betrunkenen Knechte in dem benachbarten Hohen-Schönhausen der Gärtnermeister Hirschfeld. Die Knechte Algerer und Bugemühl waren, einem hiesigen Blatte zufolge, mit einer Fuhre nach Berlin geschickt worden, für deren prompte Besorgung ihnen eine besondere Belohnung in der Höhe von fünf Mark von Hirschfeld versprochen worden war. Beide kehrten schwer betrunken von Berlin zurück; in Rücksicht auf ihren Zustand verweigerte Hirschfeld ihnen die sofortige Auszahlung des versprochenen Betrages. Die rohen Burschen schlichen infolge dessen dem Gärtner, der sich in den Stall begab, nach und schlugen ihn dort meuchlings nieder. Der Zustand des an Kopf, Stirn und Gesicht entsetzlich Zugerichteten gilt für sehr bedenklich. Algerer und Bugemühl flohen nach vollbrachter Heldenthat; sie wurden aber von Orkisenbarmen aus der Chauffee ergriffen und verhaftet.

Theater.

Theater-Wochenblatt. Opernhaus. Sonntag, den 7. März...

Gerichts-Beitung.

Die Verhandlung des Strafprozesses gegen die wegen des...

Der unschuldige Amtsdienner. Wegen Annahme von Geschenken...

Gebildete Frauenprüger. Wegen Mißhandlung und Verleumdung...

und hierbei berührte die Angeklagte ganz unabsichtlich den Referendar...

Beleidigte Berliner Schulleute. Eine unvorsichtige Aeußerung...

Soziales.

Ergebnisse der Unfall-, sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung...

Wie man „wohlfühlt“. Auf der Zeche „Solomon“ in Berne...

Wie man „wohlfühlt“. Auf der Zeche „Solomon“ in Berne...

Heber die Pariser Weltausstellungsarbeiten und deren Einfluss...

Die Lohnverhältnisse werden durch das Ausstellungsgesetz...

Die angegebenen Löhne wären, um den Wochenverdienst herauszurechnen...

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag...

Witterungsübersicht vom 6. März 1897.

Table with 6 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur.

Weiter-Prognose für Sonntag, den 7. März 1897. Nachts etwas kälter...

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin. Dienstag, 16. März...

Orts-Krankenkasse der Möbelpolier. General-Versammlung Sonntag, 14. März...

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht...

Richard Klettke am Donnerstag, vormittags 10 Uhr...

Köpenick. Freunden, Genossen und Kollegen die traurige Nachricht...

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Arbeitervereins...

Carl Bock, Kranzbindelei. Bezeugschranke mit Widmung...

Müllerer Gesangsverein sucht erste Tenöre und zweite Bässe...

Mühlenstraße 8, nahe Oberbaum, sind zum 1. April freundliche, billige Wohnungen...

Saal (220 Personen) steht noch einige Tage in der Woche...

Brodhaus, Meyer's Lexikon, Brehm, und alle an wissenschaftl. Werke...

Arbeitsmarkt. Tüchtiger Wattenstreicher wird verlangt...

Wamsells auf gute Damenkleider, welche eingearbeitet sind...

Scharnow, Cranzierstr. 152. 10 Korbmacher auf billige Geschäfte...

Achtung! Holzarbeiter! Der Streit bei Steiner...

Arbeits-Nachweis für Sägler, Drepper, Zuschneider...

36 Korbmacher sofort auf Angehörige verlangt...

Jacques Raphaëli,

Berlin.

Fabrik u. I. Kaufhaus **An der Spandauer Brücke No. 2, (Stadtbahn- hof Börse),**

II. Kaufhaus **Potsdamerstr. 106a, Ecke Steglitzerstr.**

III. Kaufhaus **Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz.**

Mit Rücksicht auf meine große auswärtige Kundenschaft u. Vielseitigkeit meines Lagers

vermag ich nur in kleiner Schrift die von mir gebotene große Auswahl zu bringen —, bitte deshalb den freundlichen Leser, mein ausführliches Inserat aufmerksam zu verfolgen, sowie meine Preise der von mir genau beschriebenen Qualitäten mit den jetzt allgemein üblichen Ausnahmepreisen zu vergleichen. Trotz zahlreicher Anfeindungen, die sich in neuerer Zeit wieder geltend machen, werde ich nicht ermüden, nach wie vor **verbessernd u. verbilligend** auf den Markt sämtlicher von mir offerierten Artikel zu wirken.

Garantie für beste Haltbarkeit durch Garantieheime,

für auswärtige Käufer genügt die empfangene Rechnung **Bon dem Anspruch auf Entschädigung** bei unangemessener Haltbarkeit meiner Schuhwaren **bitte den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.**

Bei etwaiger Unzufriedenheit ist weiter kein Wort zu verlieren, sondern nur Vorlegung oder Einsendung des Reklamationscheines. — Jede Reclamation ist mir willkommen und wird über jedes Erwarten des Käufers zur größten Zufriedenheit erledigt. — Es sind innerhalb der letzten 4 Jahre

über 5500 Reclamationen zur größten Zufriedenheit aller Reklamanten von mir erledigt worden, wovon sich jeder Besucher durch kaufmännisch geführte Bücher überzeugen kann — Die mit einem * bezeichneten Artikel sind ausnahmsweise theils mit Factisuthaten in der Einlage hergestellt, da sie sonst ihren Zweck — sehr leicht zu sein — nicht erfüllen. Die Anschauung, daß eine Spaneinlage zwischen Sohle und Brandsohle minderwerthig sei, ist eine irrige. — Die Spaneinlage ist um mehr als das Dreifache theurer als das Leder, welches man hiersfür zu verwenden pflegt. — Spaneinlage ist nicht nur leichter, sondern auch in sanitärer Hinsicht mehr zu empfehlen als Leder. — Auf die Haltbarkeit übt die Einlage keinen Einfluß aus.

ca. 45000 Paar Schuhwaren aller Art 25 bis 33 1/3 % billiger

Verkaufsbedingungen: Gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Porto trägt der Besteller. Von 15 Mk. an versende franco auf meine Kosten, wenn Käufer sich auf diese Zeitung bezieht. — Nichtconvenientes bitte mir im Originalzustand zurückzusenden, und empfängt der Besteller alsdann sofort sein Geld zurück. — Das Maß bitte durch Verlesen eines genau passenden Stabes in den getragenen Stiefel festzustellen und in Centimetern anzugeben, und ob Spann hoch oder niedrig. Für Gummischuhe, obgleich zu den besten Fabrikaten gehörend, übernehme keine Garantie.

Herren-Fußbekleidung!

- Braune u. schwarze Segeltuchschuhschuhe***, durchgenähte Ledersohle, Lederablag u. Lederbesatz Mk. 3,10.
- Glatte Kaval.-Halbschuhe** m. Seiten-Gummizügen, durchgenähter Sohle mit Reil, ohne Abtag, reinen Lederzuthaten Mk. 3,25.
- Besatz-Halbschuhe**, von Koller mit Gummizug, Zierlicher Knopfbesatz und Cordeklappen, beide Strapazirschuhe mit solider genähter Sohle, hohem oder niedrigem Abtag Mk. 4,50.
- Dieselben** 3 Schnüren od. m. Gummizug, durchgenähter Sohle, Mk. 5,—
- Besatz-Halbschuhe** von feinem prima Koller zum Schnüren oder mit Gummizug mit durchlöcherter Zierklappen und Knopfbesatz. Sauber auf Hand genäht, tabellierter Stg Mk. 6,25.
- Glatte Rossleder-Zugstiefel** mit reinen Lederzuthaten, streng solide genähte 3 Sohlen, niedrige oder hohe Abzüge früher Mk. 5,50 jetzt Mk. 4,75.
- Dieselben** in noch eleganterer Ausführung mit Besatz, Cordeklappen und Knopfbesatz Mk. 5,25.
- Dieselben** mit glattem Oberleder, leichtere Ausführung, mit genähter Sohle und markiertem hohen Rand, beste Haltbarkeit Mk. 5,50.
- Dieselben** mit Besatz, Cordeklappen, Knopfbesatz in leichter Ausführung mit genähter Sohle und markiertem hohen Rand, sowohl als Strapazirschuhe wie als Sonntagstiefel zu empfehlen Mk. 5,75.
- Schaftstiefel** von feinstem Koller mit herber, genähter Sohle, Handarbeit Mk. 5,50.
- Herrenstiefel** in Gummizug, geschmeidiges prima lamirtes Kollerleder, auf Hand genäht hier mit Kollerzügen, viel Ungelegenheiten hatte, wird erkannt sein über die andersbenutzte Deannee Paktform dieses Stiefels Mk. 5,75.
- Prima satinierte Rossleder Besatzstiefel** mit Querfalte, in spitzer und ediger Façon, auf Hand genäht, elegant gearbeitet Mk. 7,40
- Spiegel-Rossleder-Zugstiefel**, Oberleder aus einem Stück gewalzt, glatt genäht Mk. 7,50.
- Schnürstiefel** aus lamirt. Kollerleder, mit französischen Agraffen, Besatz und eleganter Querfalte, ediger Cavalierform glatt genäht Mk. 8,50.
- Lederpantoffeln** mit Abtag, durchgenähter Ledersohle Mk. 2,40.
- Cord-Pantoffeln** mit Reilsohle Mk. 2,50 Pf.
- Schwarze Double-Pantoffeln** mit Reilsohle Mk. 0,65.
- Flüschpantoffeln** mit durchgenähter Ledersohle u. Abtag Mk. 1,10.
- Flüsch- u. Cordonschuhe** mit Ledersohle u. Abtag Mk. 3,—

Damen-Fußbekleidung!

- Lasting-Fromenadensch.*** m. Gummizug u. Schleifen auf dem Blatt, durchgenähter Ledersohle Mk. 1,90.
- Braune u. schwarze Segeltuchschuhschuhe***, durchgenähte Ledersohle, Lederablag u. Lederbesatz Mk. 2,60.
- Rossleder-Halbschuhe**, ausgekollt, Lederfutter, Lederfalte, Lederbrandsohle, mit durchgenähter Sohle u. Lederablag u. Schleife Mk. 3,20.
- Gemalder-Tanzschuhe***, angezeichnete, leichte Handarbeit, Lederfutter u. Lederfalte, mit leibstem Wapphandarbeiten verziert, sowohl als Haus- als als Promenadenschuh bestens geeignet Mk. 2,50
- Kalbschuh-Tanzschuhe***, best. Vollkommenheit an Eleganz, kein Wachs- oder Lederzuch, in denbar besser Ausführung Mk. 3,—
- Dieselben** 2 Schuhe in schwerer Ausführung, m. reinem Lederablag Mk. 3,55.
- Rossleder-Halbschuhe**, zum Schnüren, mit durchgenähter Sohle, Lederfalte und Lederfutter Mk. 3,75.
- Rossleder-Zugstiefel**, solid und dauerhaft, mit Herzblatt, 13 cm hoch im Zuge, genäht, Lederfalte und Lederbrandsohle, überhanpt mit reinen Lederzuthaten angefertigt Mk. 3,90.
- Dieselben** 13 cm hoch im Zuge, genäht, mit markiertem Rand Mk. 4,75.
- Rossleder-Zugstiefel**, sehr hoch im Zuge, mit Herzblatt oder Vordernaht und Lederfalte, auf Hand genäht, in denbar prächtigster Ausführung Mk. 5,75.
- Ross Knöpfstiefel**, 11 Knopf hoch, gepöpte Spitzfalte, durchgenähte Kollersohle Mk. 5,75.
- Zugstiefel** von feinstem Wildleder, wunbervoller Stg, sehr hoch im Zuge, mit Herzblatt oder Vordernaht und Lederfalte Mk. 6,90.
- Satin-Kalbleder-Zugstiefel** in vornehmender Ausführung, geschmeidiges, hartes u. dabei durchaus dauerhaftes Oberleder Mk. 7,25.
- Extra prima satinierte Kalbleder-Zugstiefel.**
Das Wohlgerühmte für empfindliche Füße, außergewöhnlich hoch, auf Hand genäht, in verschiedensten Façons Mk. 8,75.
- Kalb-Glacié-Zugstiefel** mit echtem Sechsbundblatt oder Sechsecklochkoll und angelegter, höchst eleganter Querfalte Mk. 9,50.

- Glacié-Zugstiefel** für ältere Damen, vornehmer Form, für breite Fehelage, niedrig im Zuge, lammetweich Mk. 9,50.
- 1a. Rossleder-Schnürstiefel** jetzt Mk. 6,50.
- 1a. Rosslederknöpfstiefel** jetzt Mk. 6,50.
- Knöpfstiefel** von 1a. genordtem Kalbleder in spitzer und moderner ediger Form Mk. 8,75.
- Dieselben** zum Schnüren Mk. 8,50.
- Satin-Schnürstiefel** auf Rand glatt genäht Mk. 8,75.
- Satin-Knöpfstiefel** auf Rand glatt genäht mit durchl. Zierfalte Mk. 9,00.
- Knöpfstiefel** von prima satiniertem Kalbleder, ringelbarum mit Besatz von gleich Leder, jetzt Mk. 9,75.
- Cord-Pantoffel** mit Reilsohle 40 Pf.
- Schwarze Double-Pantoffel** mit Reilsohle Mk. 0,65.
- Flüschpantoffel** mit durchgenähter Ledersohle u. Abtag Mk. 90 Pf.
- Lederpantoffeln** m. Abtag, durchgenähter Ledersohle Mk. 1,75.

Für Mädchen und Knaben!

- Rossleder-Turnschuhe** mit 2 Seiten-Gummizügen, durchgenähter Ledersohle, reine Lederzuthaten, bis zur inneren Länge von 18 cm Mk. 2,25, 22 cm Mk. 2,75, 25 cm Mk. 3,—
- Rossleder-Zug- u. Schnürschuhe**, gebiegene Handarbeit, angegallt, Strapazirschuhe, bis zur inneren Länge von 18 cm Mk. 2,50 bis 22 cm Mk. 3,75.
- Rossleder-Zugschuhe**, einbändig gearbeitet, für erwachsene Knaben, von 22—25 cm innerer Länge Mk. 4,—
- Rossleder-Knopf- u. Schnürstiefel**, Handarbeit, genäht, herber, Strapazirschuhe, bis zur inneren Länge von 18 cm früher Mk. 3,50, jetzt Mk. 3,—, bis 22 cm jetzt Mk. 4,—
- Knaben-Schnürstiefel** von Koller, mit Besatz, einbändig gearbeitet, bis zur inneren Länge von 22 cm bis 25 cm, jetzt Mk. 5,25.
- Ross Knaben-Schnürstiefel**, einbändig, genäht, jetzt Mk. 6,40.
- Russische Kalbleder-Schnür- u. Knöpfstiefel**, ausgezeichnete Knopf- oder Spitzfalte, genähte Sohlen, bis 18 cm innerer Länge Mk. 5,25, bis 22 cm Mk. 6,—
- Russische Kalbleder-Schnürstiefel** mit echt französischen Agraffen, Besatz, sonst in Ausführung wie der vorhergehende, von 22—25 cm Mk. 7,25.
- Das Besohlen der Herrenstiefel** berechne ich mit Mk. 1,20, mit Abtag 2,40, der Damenstiefel Mk. 1,35, mit Abtag 1,75, genäht 10 Stg. Herzer.

Raphaëli's Goodyear Weltstiefel, Kalbleder-Herren-Zugstiefel auf Rand genäht, Oberleder gewalzt, ohne Seitennaht. Preis 12,50. Kalbleder-Herren-Befanzugstiefel auf Rand genäht. Preis 13,50. Kalbleder-Herren-Agraffenstiefel in obiger Ausführung. Preis 13,50.

ca. 3 Millionen Cigarren, gut u. spottbillig.

Für Händler auf Wunsch auch andere Ausstattungen. — Der freundl. Leser wolle gefl. angeben, ob leicht, mittel oder kräftig.

- Cigarren à la Manilla**, rein aus Tabak, würzig u. voll, ca. 10%, cm lg., 100 Stk. Mk. 1,50.
- Der Portoriparität wegen empfiehlt es sich, 3 Original-Paket à 200 Stk. zu beziehen.
- Marke 2**, ca. 10%, cm lg., 5 cm Umfg., Sumatra-Deck, in Rollen 100 Stk. Mk. 1,75.
- Marke Schluss in norm. Größe**, unfortirt in Papier, pr. 100 Stk. Mk. 2 u. 2,50.
- Marke Merlano**, ca. 10 cm lg., 5 cm Umfg., Bodignon, 100 Stk. jetzt Mk. 2,50.
- Marke Piccolo**, 8 cm lg., ca. 4 cm Umfg., rein überreifer Tabak, Originalgröße, 200 Stk. Mk. 4,50.
- Marke Manilla**, ca. 10%, cm lg., 5 cm Umfg., a. d. Brandhäger, pr. 100 Stk. jetzt Mk. 3,—
- Marke Universal**, ca. 11 cm lg., ca. 5 cm Umfg., Solon- u. Promenaden-Gig., pr. 100 Stk. jetzt Mk. 3,25.
- Marke Alcega**, ca. 10%, cm lg., ca. 5%, cm Umfg., garant. rein amerik. Tabak, pr. 100 Stk. jetzt Mk. 3,50.
- La Diego**, ca. 10%, cm lg., ca. 5%, cm Umfg., Sumatra-Deck, Java- u. Belg. Gig., pr. 100 Stk. Mk. 4,—
- Marke Bajamo** (Paris), ca. 11%, cm lg., ca. 5%, cm Umfg., Sumatra-Deck, Belg. u. Manilla-Gig., pr. 100 Stk. Mk. 4,50.
- Mexico-Havana** (nur für Qualitätsraucher), ca. 9%, cm lg., ca. 5 cm Umfg., gleich der feinst. cubanisch. Havana-Gig., pr. 100 Stk. Mk. 4,50.
- Marke Nueva Coscha** (Paris), ca. 11 cm lg., ca. 5%, cm Umfg., Bodignon, Borneo-Deck, St. Belg. u. Domingo-Gig., pr. 100 Stk. Mk. 4,50.
- Marke Edina** (Paris), hoch. Bögen, ca. 12 cm lg., ca. 4%, cm Umfg., Belg. Deck, St. Belg.-Gig., pr. 100 Stk. Mk. 5,—
- Marke Generativ-Gig.**, ca. 10%, cm lg., ca. 5 cm Umfg., früher verkauft ich dieselbe um 10% theurer, pr. 100 Stk. Mk. 5,—
- Marke Campos**, ca. 10%, cm lg., ca. 5 cm Umfg., Havana-Deck, Bahia, Belg.-Gig., pr. 100 Stk. jetzt Mk. 5,50.
- Diplomaten-Cigarre**, ca. 12 cm lg., ca. 6 cm Umfg., gr. Bodignon, eine der vollkommensten Cigarren, die ich bisher gefertigt, 100 Stk. Mk. 6,—
- Marke Import**, Handarbeit (Reiche Preise), ca. 11%, cm lg., ca. 5%, cm Umfg., enthält diese Cigarre vornehmlich ihres köstlichen Aromas, lauten und doch milden Geschmackes eine Import-Cigarre, die den vierfachen Preis hat. Eine Kiste, 250 Stk. enthaltend, franco über ganz Deutschland Mk. 15,50.
- Marke Servantes**, kräftige, volkühmliche Havana-Cigarre, circa 11 cm lg., 5 cm Umfg., deren Reich den sehr geringen Preis bei Weitem übertrifft, pr. 100 Stk. Mk. 7,50.
- Marke Calderon**, Havana, Handarbeit (Reiche Preise), Deck Havana-Bänder-Kolle, feinste La Cruz des Almas- u. Havana-Einlage, ca. 10 cm lg., ca. 5 cm Umfg., pr. 100 Stk. Mk. 9,—
- Marke Lopez de Vega**, importiertes Regalia-Bodignon, ca. 12 cm lg., ca. 5%, cm Umfg., Havana-Einlage, sachte Deck Raachappi-Deck. Diese Cigarre wurde am höchsten Preise mit Mk. 300,— pr. Kiste verkauft, die ich offeriere ich, in lange das dreifache Quantum reich, in Kisten à 50 Stk., pr. 100 Stk. zu Mk. 10,— und darf mir wohl deshalb jede weitere Empfehlung ersparen.

Ein Posten guter Cigaretten zu spottbilligen Preisen. Eine Partie echt Egyptischer Cigaretten (Importen) per 100 Stk. Markt 2,—

Herren- und Knaben-Garderobe Feldmarschall Derfflinger zum Markenschnur Alleinverkauf für Berlin des größten Herren-Confections-Hauses Deutschlands.

Diese Garderobe ist auf das peinlichste sauber wie nach Maß angefertigt. Jeder Anzug geht frisch gebügelt aus dem Hause und enthält ein ca. 30 cm großes Muster für etwaige Defecte, die sich im Laufe der Zeit bilden, besonders für Hosen, welche bekanntlich mehr leiden, zur Reparatur. — Untergeordnete Materialien werden bei dieser Marke nicht verwendet. Diese Garderobe besitzt den elegantesten, modernsten Schnitt und beste Paktform für jede

- Einsegnungs-Anzüge** aus Diagonale, Cheviot, Satin, Kammgarn und an deren hervorragenden Stoffen zu 10,—, 12,—, 15,—, 18,—, 21,— bis 27,— Mark.
- Herren-Jaket-Anzüge**, ein- und zweireich, zu 12,50, 15,—, 17,50, 20,—, 22,—, 24,— bis 35,— Mark.
- Kammgarn-Jaket- und Bodanzüge**, einreihig, zu 27,—, 30,—, 32,—, 34,— bis 45,— Mark.
- Kammgarn-Gehros- oder Gesellschaftsanzüge**, zweireich, zu 28,—, 33,—, 38,— bis 45,— Mark.
- Pantone** in allen Farbenstellungen, deutschen und englischen Façons zu 9,—, 11,50, 13,50, 15,—, 18,— bis 30,— Mark.
- Havelock** mit ganzer Pelserie in den schönsten Phantasie- und glatten Mustern zu 9,50—11,25—13,25, 16,25 bis 28 Mark.
- Robenjoppen** mit Gurr oder Zug zu 3,50—4,50—6,25—7,— bis 11 Mark. Die gleichen Joppen aus anderen haltbaren Stoffen zu 4,—, 5,—, 6 Mark.
- Beinkleider** von Cheviot, Kammgarn, Belour, Bugin und sonstigen guten, wollenen, dauerhaftesten Stoffen, tabellos figend, zu 3,75, 4,50, 5,—, 5,50, 6,—, 7,—, 7,50, 8,50 bis 13 Mark.
- Arbeitsfaden** von dauerhaftem Material, in geblegener Kofarbeit, sind in großer Auswahl am Lager.

Maßbestellung! Reichste Auswahl in Stoffen, für beste und schnellste Arbeit wie nobelsten Stg wird garantiert. **Gehandelt wird nicht.**

Zur Einsegnung! Schwarze Kleiderstoffe nur hervorragend gute Qualitäten zu den billigsten Preisen.

Manufacturwaren, Gardinen und Regenschirme, Herren- und Knabenhüte, Handschuhe für Herren und Damen **bedeutend unterm Preis.**

Jacques Raphaëli, Berlin, I. Kaufhaus **An der Spandauer Brücke No. 2**, II. Kaufhaus **Potsdamerstr. 106a**, III. Kaufhaus **Grüner Weg 31**. Sonntags während der polizeilicherselbst erlaubten Stunden, Wochentags bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Meine Offerte gilt bis zur nächsten Anzeig.

Die gewerblichen Vereinigungen und Arbeiter-Organisationen im Großherzogthum Baden.

Nach den Erhebungen, die das großherzoglich badische Statistische Bureau in Karlsruhe im Jahre 1894 in Baden vorgenommen hat, wurden folgende Daten festgestellt:

Arbeiter-Vereine gab es 56 mit insgesammt 6042 Mitgliedern. Sie gehören meist dem Verbande (national-liberaler) badischer Arbeiter-Bildungsvereine an.

Die Gewerkschaften waren mit 139 Lokalorganisationen, beziehentlich Filialen der Zentralverbände und insgesammt 5529 Mitgliedern vertreten. Davon kamen auf die Metallarbeiter 17 Vereine und 1467 Mitgl. Bildhauer 2 Vereine und 53 Mitgl.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften sind in 59 Städten durch 55 Ortsvereine und insgesammt 2325 Mitglieder vertreten. Die niedrigste Mitgliederzahl hat der Ortsverein in Serrau aufzuweisen, dem im ganzen 5 Bauhandwerker angehören.

Evangelische Arbeitervereine wurden 18 mit insgesammt 2611 Mitgliedern gezählt. Das Vermögen dieser Vereine betrug Ende 1894: 12 972 M.

Katholische Gesellen- und Lehrlingsvereine waren 56 mit 7176 Mitgliedern vorhanden; deren Gesamtvermögen, abzüglich 61 885 M. Schulden, betrug 149 510 M.

Mitgliederbeiträgen und Eintrittsgeldern, an freiwilligen Beiträgen der Ehrenmitglieder, Geschenken und Vermächtnissen sowie aus Vereinsveranstaltungen eine Einnahme von 17 577 M., die katholischen Arbeitervereine bei 6770 M. Mitgliedsbeiträgen und Eintrittsgeldern an freiwilligen Beiträgen u. s. w. 4048 M., die evangelischen Arbeitervereine 8482 M. beziehentlich 4758 M.

Außer den 29 badischen Bezirksvereinen des Deutschen Werkmeister-Verbandes, deren Mitgliederzahl 1074 beträgt und die nach Angabe des Zentralvorstandes ein Vermögen von 2942 M. besitzen, werden in der Zusammenstellung unter dem Titel: „Sonstige Arbeiterorganisationen“ noch 22 Vereine mit insgesammt 1956 Mitgliedern und einem Vermögen von 16 690 M. genannt.

Nach dem Verbandsstatistikinteressanten Material. Befähigte Innungen gab es 28 mit 908 Mitgliedern; sie hatten ein Gesamtvermögen von 13 809 Mark. Darunter befand sich die Feisen- und Perückenmacher-Innung der Stadt Freiburg, die nur 7 Mitglieder zählt.

Literarisches.

G. Sacher, Seminarlehrer i. N.: Vier Denksprüche der heutigen zivilisirten Menschheit, eine Denkschrift, den Lehrern des Volkes gewidmet. Krefeld, 1897.

Der Titel dieses kleinen Schriftchens verräth bereits, wofür Geistes Kind sie ist. Wäre diese Broschüre ein Zeichen dafür, daß es in breiteren Schichten der bürgerlichen Lehrerschaft, die doch sicherlich ebenso wie die deutsche zum höchsten Patriotismus und zur loyalsten Gedankenlosigkeit von Staats wegen erzogen wird, zu gähnen beginnt, so wäre sie trotz ihrer Wunderlichkeiten mit Freuden zu begrüßen.

Die Sacher'sche Broschüre zeigt freilich leider ein noch höchst primitives Nahrungsstadium. Naiver und unbeholfener als in diesen Blättern ist die utopistische Sinnesart, die alle sozialen Gebrechen aus „Denksprüchen“ der Menschheit erklären und durch schmeicheleiche Unterweisung im richtigen Denken kurieren möchte, selten wohl aufgetreten.

denken, das Eigenthum müsse von selbst wachsen (Sinztragen)."

Merkwürdig, wie nur die Menschheit auf eine so verdrehte Vorstellung hat kommen können, und noch merkwürdiger, daß ein Theil derselben und zwar zufällig gerade der, dessen Eigenthum durch Zins und Gewinn heute thatsächlich wächst, den „Denksprüche“, der darin liegt, absolut nicht begreifen will!

Wie so oft bei dieser Art utopischer Gesellschaftskritik, wird die „Naturwissenschaft“ zu Hilfe gerufen. Unter freundlicher Mitwirkung einiger kräftiger Begriffsverwickelungen wird der Nachweis erbracht, daß das Gesetz der Erhaltung der Energie auch für das Gebiet menschlicher Wissenschaft gilt!

Zwei Kapitel in dieser „ökonomischen“ Schrift betitelt sich: „Die Zeit“ und „Der Raum“. Der harmlose Leser, der sich bei der Lektüre vor metaphysischen Fragen entschieden sicher glaube, braucht aber nicht zu erschrecken.

Uebrigens hat die mit so argen Denksprüchen behaftete Menschheit in nächster Zeit noch weitere Aufklärungen zu erwarten. Herr Sacher kündigt bereits ein neues Werk: „Die Gesellschaftskunde als Naturwissenschaft“ an.

Eingelaufene Druckschriften.

Sozialistische Monatshefte. Das Februarheft enthält folgende Beiträge: H. v. Elm: Lehren des Domburger Ertritts. — Hermann Thum: Benoit Malon. — G. F. Steffen: Marx' Anlehnung an seine Welttheorie.

Der sozialistische Student. Das Februarheft enthält: Catalina, Korporation und Studentenrecht. — Karl Großel, Der Korpsbursche. — Pietro Mosca, Die Studenten-Unruhen in Italien. — Arthur Jacobi, Was den Reichthümern.

Le devenir social, Revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Parait tout les mois en un fasc. de 95 pages gr. in-8.

Revue Critique. Revue critique. Yves Guyot: L'économie de l'effort (G. Sorel). — R. de Roberty: L'éthique (Edgard Milhaud). — A. Fouillée: Le mouvement positiviste et la conception sociologique du monde (G. Sorel). — J. Payot: De la croyance (X). — S. Haliczyk: L'état comme organisation coercitive de la société politique (E. G.). — Notes Bibliographiques. Bourgeois. — Nancy.

Revue Critique des Militärs-Stratagemes. Von Max R. Camillo u. C. G. Preis 50 Pf. Kommissionsverlag von G. C. Köhner, Annaberg im Erzgebirge.

Revue Critique des Militärs-Stratagemes. Von Max R. Camillo u. C. G. Preis 50 Pf. Kommissionsverlag von G. C. Köhner, Annaberg im Erzgebirge.

Roh-Tabak (sehr preisw. Sumatra's) Rud. Völeker & Sohn, Köpenickerstr. 45.

Rohtabak Größte Auswahl! Billigste Preise! Unter Brand! Vervollständige Qualität! Zammliche Fabrikations-Utensilien.

Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

Roh-Tabak billigste Preise Max Jacoby Sirelitzersstrasse Nr. 52.

Roh-Tabak en gros en détail Zeun & Ellrich Albeinbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Roh-Tabak Größte Auswahl! Billigste Preise! H. H. H. H. Brunnenstr. 197 (am Rosenbaler Thor). 1894/5

Roh-Tabak Achtung! Kein Laden. Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabak. Ruppensack 2 Pf. 60 Pf. H. E. Dinslage, Goldbuserstraße 4, Hof parterre.

Bitte Inserat einlesen!! 8 Tage zur Probe!! Carl Niedick, Stahlwaaren-Fabrikant in Haan bei Solingen. Taschenmesser Nr. 63, genau wie Zeichnung, mit 2 Klingen und Korkzieher, Gest Aluminium mit Standbild: „Ferd. Lassalle“, per Stück 1,75, in Etuis (Taschenschoner) 2,00 Mark.



Askari-Cigaretten sind bisher unübertroffen! In den Cigarrengeschäften erhältlich.

Rohtabak J. Fränkel, Berlin C., Klosterstrasse 72.

Speck, Schweinefleisch, gebrüht u. geräuchert, in 5 Pf. u. 10 Pf. Packungen. E. Klähn, Söpnickerstr. 163.

Uhren-, Goldwaaren-Verband. Vor-Verkauf u. Theilzahlung. Bestells. briefl. Vogt, Auguststr. 92.

Photogr. Sänger-Atelier von Otto Gutau, Nr. 52, am Straußberger Platz.

Hoffmann-Hianos dreifach gereinigte, vorzügliche, feine, weiche, in 5 Pf. u. 10 Pf. Packungen. Bettfedern, dreifach gereinigte, vorzügliche, feine, weiche, in 5 Pf. u. 10 Pf. Packungen.

Kinderswagen-Bazar Max Brinner, Jerusalemstr. 42, Brunnenstraße 6, Dresdenerstr. 128.

Fahrräder bill. Karras, Lange-Strasse 15, Theilzahlung gestattet. 33356

Bettfedern-Spezialgeschäft C. M. Schmidt, Berlin, Andreasstr. 59, vorn 1 Tr. Größte Auswahl! Größter Käufer-Verkauf. Fertige Betten 9, 15 u. 18 M. Bettfedern 5 Pf. 35, 50 u. 70 Pf.

denkbar größte Auswahl in den neuesten Mustern zu bekanntlich Preisen. Reste zu 1, 2 bis 4 Fenster passend, bedeutend unter Preis.

Carl Schloss, Waarenhaus „Zub. Ch.“, 22, Wienerstrasse 22, 1, Grünauerstr. 1.

Billigste Bezugsquelle Gardinen-Spezial-Geschäft, Scharfstr. 24, parterre, für Gardinen, Stores und Gardinenreste.

Brockhaus, Meyer's Verkauft sowie andere neuere u. ältere wertvolle Bücher jed. Wissensb. beilich u. kauft Antiquariat Kochstr. 56.

Fahrräder gute Marke 175 M., 2 Jahre Garantie. C. Schmidt, 1221L* Balliadenstraße 96.

Haben Sie Wanzen? so verwenden Sie jetzt Hofers' Spezialmittel (pr. Zeit 50 Pf.), welches diese Thiere nebst Brut sofort tödtet und ihr Wiederkommen verhindert. 6 Flasche 0,50, 1,00 u. 3 M. 11104L* Rud. Hofers, Mantelstr. 87 und Reichenbergerstr. 55.

Dr. Derrnehl's Eisenpulver. Ganz vorzügliches Eisenpulver seit 30 Jahren bekannt und überall bewährt. Gewicht 1,50; Nechliche 3 Sch. 4,25. Kein Geheimmittel. Analyse beigegeben. Hauptniederlage: Apotheke zum weißen Schwan, Berlin, Spandauerstr. 77, recht m. Schwanmarke.

Steppdecken, feinste Handarbeit, ohne Konkurrenz, nur eigenes Fabrikat. Georg Schmerler, Blumenstr. 13. 11455*

